

Durchführungsbericht 2007

zum Operationellen Programm
für das Ziel
"Regionale Wettbewerbsfähigkeit
und Beschäftigung"
Teil EFRE
in Baden-Württemberg
2007-2013

(CCI-Code 2007DE162PO008)

Genehmigt durch den Begleitausschuss am 17.06.2008



Europäische Union
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

investition in
Ihre Zukunft!



Baden-Württemberg

Verwaltungsbehörde:
Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg
Kernerplatz 10, 70182 Stuttgart

Inhaltsverzeichnis

1	KENNDATEN	6
2	FORTSCHREIBUNG DER SOZIOÖKONOMISCHEN SITUATION	8
2.1	BEVÖLKERUNG	8
2.1.1	<i>Altersstruktur</i>	8
2.2	ERWERBSTÄTIGKEIT	9
2.2.1	<i>Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort</i>	9
2.2.2	<i>Erwerbstätigenentwicklung nach Wirtschaftsbereichen</i>	9
2.2.3	<i>Erwerbstätigenquote nach Geschlechtern</i>	10
2.3	ENTWICKLUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT	10
2.4	GESAMTWIRTSCHAFTLICHE LAGE	11
2.4.1	<i>Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes</i>	11
2.4.2	<i>Bruttoanlageinvestitionen</i>	12
2.5	WIRTSCHAFTSSTRUKTUR BADEN-WÜRTTEMBERGS.....	12
2.5.1	<i>Strukturentwicklung der Branchen</i>	12
2.5.2	<i>Mittelstand in BW</i>	15
2.6	INNOVATION.....	16
2.7	FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG.....	17
2.8	CLUSTER.....	18
2.9	UMWELT.....	19
2.9.1	<i>Flächennutzung und -Verbrauch</i>	19
2.9.2	<i>Energie und CO₂-Emissionen</i>	21
2.9.3	<i>Wasser</i>	22
3	ÜBERSICHT ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS	23
3.1	ERGEBNISSE DER FORTSCHRITTANALYSE	23
3.1.1	<i>Angaben über den Stand der materiellen Abwicklung des Operationellen Programms</i>	23
3.1.2	<i>Finanzielle Angaben</i>	26
3.1.3	<i>Angaben über die Verwendung der Fondsmittel</i>	27
3.1.4	<i>Unterstützung aufgeschlüsselt nach Zielgruppen</i>	27
3.1.5	<i>Zurückgezahlte oder wiederverwendete Unterstützung</i>	27
3.1.6	<i>Qualitative Analyse</i>	28
3.2	ANGABEN ZUR VEREINBARKEIT MIT DEM GEMEINSCHAFTSRECHT	28
3.3	WESENTLICHE AUFGETRETENE PROBLEME UND GETROFFENE ABHILFEMAßNAHMEN	28
3.4	ÄNDERUNGEN DER DURCHFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS	28
3.5	FÄLLE MIT WESENTLICHER ÄNDERUNG NACH ART. 57	28
3.6	KOMPLEMENTARITÄT MIT ANDEREN INSTRUMENTEN	29
3.6.1	<i>Europäischer Sozialfonds (ESF)</i>	29
3.6.2	<i>Entwicklung des ländlichen Raums durch den europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER)</i>	29
3.6.3	<i>Europäischer Fischereifonds (EFF)</i>	30
3.6.4	<i>Europäische territoriale Zusammenarbeit</i>	30
3.6.5	<i>7. Forschungsrahmenprogramm</i>	31
3.7	VORKEHRUNGEN ZUR BEGLEITUNG.....	31
3.7.1	<i>Begleitausschuss</i>	31
3.7.2	<i>Partnerschaft im Rahmen des Schwerpunktes „Nachhaltige Stadt- und Kommunalentwicklung“</i>	31
3.7.3	<i>Modalitäten der Begleitung</i>	33
3.7.4	<i>Programmbewertung</i>	33
3.7.5	<i>Modalitäten der Datenerfassung</i>	33

3.7.6	<i>Elektronischer Datenaustausch</i>	34
4	DURCHFÜHRUNG NACH PRIORITÄTSACHSEN (SCHWERPUNKTE)	35
4.1	SCHWERPUNKT 1 - INNOVATION, WISSENSBASIERTE WIRTSCHAFT UND CLUSTER.....	35
4.1.1	<i>Materielle und finanzielle Fortschritte des Schwerpunkts 1</i>	35
4.1.2	<i>Qualitative Analyse</i>	38
4.1.3	<i>Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen</i>	40
4.2	SCHWERPUNKT 2 - NACHHALTIGE STADT- UND KOMMUNALENTWICKLUNG.....	40
4.2.1	<i>Materielle und finanzielle Fortschritte des Schwerpunkts 2</i>	40
4.2.2	<i>Qualitative Analyse</i>	42
4.2.3	<i>Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen</i>	45
4.3	SCHWERPUNKT 3 - RESSOURCENSCHUTZ UND RISIKOVERMEIDUNG	45
4.3.1	<i>Materielle und finanzielle Fortschritte des Schwerpunkts 3</i>	45
4.3.2	<i>Qualitative Analyse</i>	48
4.3.3	<i>Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen</i>	48
5	GROßPROJEKTE	49
6	INANSPRUCHNAHME DER TECHNISCHEN HILFE	49
7	INFORMATION UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	49
8	SONSTIGE INFORMATIONEN ZUR DURCHFÜHRUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS	54
8.1	EXPERIMENTIERUNG	54
8.2	BUNDESLÄNDERÜBERGREIFENDE ZUSAMMENARBEIT	54
8.3	INTERREGIONALE ZUSAMMENARBEIT.....	55
8.4	REGIONEN FÜR DEN WIRTSCHAFTLICHEN WANDEL	55
ANHANG:	56

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung Baden-Württemberg und Deutschland, 2004-2006	8
Tabelle 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz.....	9
Tabelle 3: Entwicklung der Erwerbstätigen 2004-2006 nach Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg	9
Tabelle 4: Erwerbstätigenquote nach Geschlecht 2004-2006 in %	10
Tabelle 5: Entwicklung der Arbeitslosigkeit	11
Tabelle 6: Produktivität in Baden-Württemberg und Deutschland.....	11
Tabelle 7: Bruttoanlageinvestitionen.....	12
Tabelle 8: Gewerbean- und Abmeldungen in Baden-Württemberg.....	16
Tabelle 9: Innovationsindices	16
Tabelle 10: Cluster-Anteile an der realen Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft in %.....	19
Tabelle 11: Flächennutzung und Verbrauch	19
Tabelle 12: Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche, Bevölkerung und Bruttoinlandsprodukts Baden-Württembergs an Deutschland.....	20
Tabelle 13: Energieverbrauch	22
Tabelle 14: Abwassereinleitung	22
Tabelle 15: Gesamtübersicht über den Stand der materiellen Abwicklung des Operationellen Programms	24
Tabelle 16: Gesamtübersicht über den Stand der finanziellen Abwicklung des Operationellen Programms: Bewilligungen 2007	26
Tabelle 17: Gesamtübersicht über den Stand der finanziellen Abwicklung des Operationellen Programms: Auszahlungen 2007	26
Tabelle 18: Verwendung der Fondsmittel nach Anhang II Teil C der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 - Auszahlungen 2007.....	27
Tabelle 19: Gesamtübersicht über den Stand der materiellen Abwicklung des Schwerpunkts 1	36
Tabelle 20: Gesamtübersicht über den Stand der materiellen Abwicklung des Schwerpunkts 2	41
Tabelle 21: Gesamtübersicht über den Stand der materiellen Abwicklung des Schwerpunkts 3	46
Tabelle 22: Indikatoren im Rahmen des Kommunikationsplans	53

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Baden-Württemberg	20
Abbildung 2: Energieverbrauch nach Energieträgern 2005	21
Abbildung 3: Datenbankmodell der L-Bank	34

Einleitung

Mit dem Operationellen Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ - Teil EFRE partizipiert Baden-Württemberg an der Kohäsionspolitik der Europäischen Union für die Jahre 2007 bis 2013. Das Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" besteht in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen sowie der Beschäftigung durch Antizipation des Wandels in der Wirtschaft und Gesellschaft, einschließlich der Veränderung im Zusammenhang mit der Öffnung des Handels. Zur Umsetzung dieses Ziels stellt die Europäische Union Fördermittel aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) und dem „Europäischen Sozialfonds“ (ESF) bereit. Das Operationelle Programm (OP) über das im Rahmen dieses Durchführungsberichts berichtet wird, bezieht sich ausschließlich auf die Förderung durch den EFRE. Für die Umsetzung des OP stehen Baden-Württemberg für die Jahre 2007 bis 2013 insgesamt 143.400.068 € an EFRE-Finanzmitteln zur Verfügung. Geltungsbereich des Operationellen Programms ist Baden-Württemberg (NUTS 1).

Die Federführung und Gesamtverantwortung für die Erstellung und Durchführung des OP liegen beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum (Verwaltungsbehörde). An der Planung und Umsetzung sind das Wirtschaftsministerium, das Umweltministerium und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie die Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der Ländlichen Räume beteiligt. Das OP ist durch seine Schwerpunktsetzung in den Bereichen Innovation, wissensbasierte Wirtschaft und Cluster, nachhaltige Stadt- und Kommunalentwicklung sowie Ressourcenschutz und Risikovermeidung darauf ausgerichtet, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu stärken und somit signifikante Beiträge zu den Zielen der Lissabon- und Göteborg-Strategie zu leisten.

Mit der Entscheidung vom 08.11.2007 wurde das Operationelle Programm durch die Europäischen Kommission genehmigt.

Nach Artikel 67 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 legt die Verwaltungsbehörde der Europäischen Kommission erstmals im Jahr 2008 und dann jedes Jahr jeweils bis 30. Juni einen Bericht und bis 31. März 2017 einen abschließenden Bericht über die Durchführung des OP vor. Eine Übersicht der notwendigen Inhalte des Berichts sind in Anhang XVIII der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 dargestellt.

1 Kenndaten

Kenndaten des Operationellen Programms:

OPERATIONELLES PROGRAMM	Ziel	Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung
	Fördergebiet	Baden-Württemberg
	Programmplanungszeitraum	2007 - 2013
	Referenznummer des Programms (CCI-Code)	2007DE162PO008
	Bezeichnung des Programms	Operationelles Programm für das Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" Teil EFRE in Baden-Württemberg 2007-2013
JÄHRLICHER DURCHFÜHRUNGSBERICHT	Berichtsjahr	2007
	Datum der Genehmigung des Berichts durch den Programmbegleitausschuss	Datum der Begleitausschusssitzung (17.06.2008)

2 Fortschreibung der sozioökonomischen Situation

Die Fortschreibung der sozioökonomischen Analyse des Operationellen Programms gibt einen Überblick über die Entwicklung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Veränderungen in Baden-Württemberg während der Förderperiode 2007-2013. Der aktuell verfügbare Sachstand wird nachfolgend kurz beschrieben und, soweit möglich, potentielle Entwicklungstendenzen skizziert.

2.1 Bevölkerung

Die Bevölkerung Baden-Württembergs lag in 2006 bei rund 10,7 Mio. Menschen. Im Vergleich zur Bevölkerung Gesamtdeutschlands nahm die Bevölkerung Baden-Württembergs weiterhin leicht zu. Die Bevölkerungsdichte betrug rund 300 Einwohner je Quadratkilometer. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung lag wie in den vergangenen Jahren bei etwa 12%.

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung Baden-Württemberg und Deutschland, 2004-2006

Bevölkerungsentwicklung Baden-Württemberg und Deutschland, 2004-2006					
		2004	2005	2006	Veränderung 2004-2006
Bevölkerung	Baden-Württemberg	10.717.419	10.735.701	10.738.753	0,20%
	Deutschland	82.500.800	82.438.000	82.314.906	-0,23%
Geburtenüberschuß	Baden-Württemberg	5.009	205	-707	-85,89%
	Deutschland	-112.649	-144.432	-148.903	32,18%
Geburtenrate	Baden-Württemberg	9,02	8,78	8,56	-5,05%
	Deutschland	8,55	8,32	8,17	-4,45%
Wanderungssaldo	Baden-Württemberg	20.065	18.145	3.930	-80,41%
	Deutschland	82.543	78.953	22.791	-72,39%

Quelle: Statistisches Landesamt

Erstmals seit 1978 ist der Geburtenüberschuss in 2006 negativ. Die Zunahme der Bevölkerung Baden-Württembergs wird daher wie erwartet gänzlich von der Wanderungsbewegung bestimmt. Der Großteil der Wanderungsströme kommt dabei aus dem übrigen Bundesgebiet. Dies ist ein Hinweis auf die wirtschaftliche Attraktivität Baden-Württembergs. Die positiven Zuwachsraten sind allerdings im Vergleich zu denen der 90er Jahre deutlich abgeschwächt. Für 2007 wird ein Anstieg des Wanderungssaldos erwartet.

2.1.1 Altersstruktur

Die Veränderung der Bevölkerungszahl in den einzelnen Altersgruppen in Baden-Württemberg der Jahre 2004-2006 zeigt, dass sich viele der bereits in der Vergangenheit beobachteten Trends fortgesetzt haben. So geht beispielsweise die Alterung der Erwerbstätigen weiter: Die Zahl der 25- bis 39- Jährigen sinkt, die Zahl der 40- bis 64-Jährigen steigt, allerdings etwas schwächer als in den vergangenen Jahren. Es wird davon ausgegangen, dass bis 2016 die stärkste relative Zunahme mit ca. 38% in der Altersgruppe der Hochbetagten, der über 85-Jährigen, zu beobachten sein wird. Eine Umkehrung des bisherigen Trends ist im Verlauf der kommenden zehn Jahre in den Altersgruppen der 10- bis 14-Jährigen und 15- bis 24-Jährigen zu erwarten. Damit werden die Altersgruppen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen kleiner, die - mit einer entsprechenden Ausbildung - den Fachkräftenachwuchs der Wirtschaft bilden.

Umso wichtiger wird es sein, einem möglichst großen Anteil dieser Altersgruppe den Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung zu ermöglichen. Diese Entwicklung bedeutet eine zunehmende Belastung der kommenden erwerbstätigen Generationen. Das Nachrücken der geburtenstarken Jahrgänge wird in 20 bis 30 Jahre diese Situation noch verschärfen. Für das exportorientierte Baden-Württemberg ist dies eine bedenkliche Entwicklung.

2.2 Erwerbstätigkeit

2.2.1 Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort

Hatte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg bis 2005 abgenommen, so nahm sie 2006 erstmals seit 2002 wieder um ca. 25.000 Personen zu. Insgesamt betrug die Zunahme (2004-2006) 0,08%. Damit liegt das Land vor dem Bund mit einer Abnahme von 0,64%. Für 2007 ist aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung eine deutliche Zunahme zu erwarten, die im Vergleich zu Gesamtdeutschland voraussichtlich überdurchschnittlich hoch ausfallen werden.

Tabelle 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort (in 1000)				
	2004	2005	2006	Veränderung 2004-2006
Baden-Württemberg	3.738	3.716	3.741	0,08%
Deutschland	26.524	26.178	26.354	-0,64%

Quelle: Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt

2.2.2 Erwerbstätigenentwicklung nach Wirtschaftsbereichen

Baden-Württemberg ist nach wie vor ein stark industriell geprägtes Land mit einem deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden Beschäftigtenanteil im sekundären Sektor. Der sektorale Strukturwandel hin zum Dienstleistungssektor setzt sich jedoch weiter fort, wie die Veränderungen 2004-2006 deutlich belegen.

Tabelle 3: Entwicklung der Erwerbstätigen 2004-2006 nach Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg

Entwicklung der Erwerbstätigen 2004-2006 nach Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg (in 1000)				
	2004	2005	2006	Veränderung 2004-2006
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	104,8	101,6	101,0	-3,6%
Produzierendes Gewerbe	1.821,3	1.799,8	1.785,3	-2,0%
Verarbeitendes Gewerbe	1.499,8	1.484,2	1.469,3	-2,0%
Baugewerbe	283,4	277,9	278,4	-1,8%
Dienstleistungen	3.468,9	3.501,7	3.547,3	2,3%
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1.212,6	1.210,9	1.221,3	0,7%
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung	833,3	849,2	875,4	5,1%
Öffentliche und private Dienstleister	1.423,1	1.441,6	1.450,6	1,9%
Insgesamt	5.395,0	5.403,1	5.433,6	0,7%

Quelle: Statistisches Landesamt

Der Beschäftigungsaufbau 2006 hat sich im Wesentlichen in den Dienstleistungsbereichen vollzogen. Im Dienstleistungssektor, dem knapp zwei Drittel aller Erwerbstätigen in Baden-Württemberg zugeordnet werden können, ist die Zahl der Arbeitsplätze um rund 46.000 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Im Produzierenden Gewerbe, dessen Erwerbstätigenanteil rund ein Drittel beträgt, ist die Beschäftigung per Saldo dagegen erneut zurückgegangen. Unter dem Strich hat dieser Sektor rund 15.000 Arbeitsplätze verloren, die Meisten davon in der Industrie. Einzig im Baugewerbe ist die Zahl der Erwerbstätigenkonjunkturbedingt leicht gestiegen.

2.2.3 Erwerbstätigenquote nach Geschlechtern

Die baden-württembergische Wirtschaft hat 2006 einen Aufschwung erlebt, was, wie oben bereits dargestellt, zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation geführt hat. Die Entwicklung der Erwerbstätigenquote (Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung) in Baden-Württemberg verlief von 2004-2006 mit jeweils mindestens 2% für Männer und Frauen sehr dynamisch. Mit einer Erwerbstätigenquote von insgesamt 77,8% bei Männern und 64,6% bei Frauen hat Baden-Württemberg die auf dem Ratsgipfel in Lissabon im Jahr 2000 beschlossenen Ziele für das Jahr 2010 von 70% bzw. 60% bereits deutlich übertroffen.

Tabelle 4: Erwerbstätigenquote nach Geschlecht 2004-2006 in %

Erwerbstätigenquote nach Geschlecht 2004-2006 in %					
		2004	2005	2006	Veränderung 2004-2006
insgesamt	Baden-Württemberg	69,1	69,9	71,2	2,1
	Deutschland	64,3	65,4	64,9	0,6
Männer	Baden-Württemberg	75,4	76,7	77,8	2,4
	Deutschland	70,1	71,2	68,8	-1,3
Frauen	Baden-Württemberg	62,6	63,0	64,6	2,0
	Deutschland	58,4	59,5	60,8	2,4

Quelle: Statistisches Landesamt;

Aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden (Prognos AG bzw. Statistisches Landesamt) weichen die o.g. Werte von den im OP genannten Werten ab.

2.3 Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg lag im Jahr 2006 bei etwa 349.000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um fast 37.000. Trotz dieser sehr günstigen Entwicklung liegt die durchschnittliche Arbeitslosenzahl aber nach wie vor über dem Wert von 2004: Im letzten Jahr vor der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung („Hartz-IV“) waren im Mittel rund 340.000 Personen arbeitslos gemeldet gewesen. Die Zusammenlegung hatte 2005 die Zahl der Arbeitslosen stark steigen lassen, weil eine beträchtliche Anzahl von erwerbsfähigen früheren Sozialhilfeempfängern neu als arbeitslos erfasst worden war.

Tabelle 5: Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Entwicklung der Arbeitslosigkeit				
	2004	2005	2006	Veränderung 2004-2006
Zahl der Arbeitslosen BW	340.284	385.271	348.717	2,48%
Arbeitslosenquote ^a BW	6,90%	7,80%	7,10%	
Zahl der Arbeitslosen D	4.381.040	4.860.234	4.486.940	2,42%
Arbeitslosenquote ^a D	11,70%	13,00%	12,00%	

^aabhängige zivile Erwerbspersonen in %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt

Dieser sogenannte „Hartz-IV-Effekt“ in der Arbeitslosenstatistik konnte aufgrund der Belegung am Arbeitsmarkt im Laufe des Jahres 2006 aber ausgeglichen werden. Für 2007 wird ein weiterer Rückgang der Arbeitslosenzahlen erwartet. Im Vergleich zur Entwicklung auf Bundesebene zeigt sich in Baden-Württemberg für die Jahre 2004-2006 nur eine leicht positivere Entwicklung der Arbeitslosenzahlen. Betrachtet man jedoch die Entwicklung 2005-2006, so zeigt sich für Baden-Württemberg mit einem Rückgang von 9,5% eine wesentlich dynamischere Entwicklung als in Gesamtdeutschland mit 7,7%. Diese Entwicklung ist ein Hinweis auf die Attraktivität Baden-Württembergs als Wirtschaftsstandort.

2.4 Gesamtwirtschaftliche Lage

2.4.1 Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes

Wie in den vergangenen Jahren konnte auch in 2006 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Baden-Württembergs wieder deutlich gesteigert werden. Mit einer Steigerung von 5,68% von 2004-2006 war das Wachstum damit größer als im Bundesdurchschnitt. Der Anteil Baden-Württembergs am gesamten BIP Deutschlands stieg damit von 14,4% (2004) auf 14,5% (2006) an. Hohe Steigerungen konnten in Baden-Württemberg im Bereich der Produktivität der Erwerbstätigen verzeichnet werden. Bei einer vergleichsweise geringen Steigerung der Erwerbstätigenzahlen von 0,87% (2004-2006) wurde eine Steigerung der Produktivität von 4,77% erzielt. Die Produktivität Baden-Württembergs liegt damit inzwischen deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+2.676 €). Ein gewichtiger Grund für die hohe Produktivität des Landes ist die außerordentlich starke technologische Basis des Landes. So arbeiteten 2004 rund 19% aller Berufstätigen in industriellen Hochtechnologiebranchen. Im europäischen Durchschnitt liegt dieser Anteil bei unter 7%.

Tabelle 6: Produktivität in Baden-Württemberg und Deutschland

Produktivität in Baden-Württemberg und Deutschland					
		2004	2005	2006	Veränderung 2004-2006
Bruttoinlandsprodukt (im Mio. €)*	Baden-Württemberg	319.474	322.940	337.620	5,68%
	Deutschland	2.211.200	2.244.600	2.322.200	5,02%
Erwerbstätige	Baden-Württemberg	5.391.200	5.399.800	5.438.000	0,87%
	Deutschland	38.880.000	38.846.000	39.088.000	0,53%
BIP je Erwerbstätigem (in €)	Baden-Württemberg	59.258	59.806	62.085	4,77%
	Deutschland	56.872	57.782	59.409	4,46%

*) in jeweiligen Preisen

Quelle: Statistisches Landesamt ¹

¹ Aufgrund der schlechteren Datenverfügbarkeit des im OP verwendeten BIP zu Preisen von 1995 wird für die Fortschreibung der sozioökonomischen Analyse auf das BIP zu jeweiligen Preisen zurückgegriffen.

2.4.2 Bruttoanlageinvestitionen

Mit einem Investitionsvolumen von rund 54,8 Mrd. € in 2005 ist die Investitionstätigkeit in Baden-Württemberg seit 2002 mit einigen Schwankungen nahezu konstant geblieben, wobei 2004-2005 ein Rückgang von 3,52% zu verzeichnen war. Der Anteil an den Investitionen an Gesamtdeutschland ging 2005 ebenfalls um insgesamt 0,7 Prozentpunkte zurück, blieb jedoch seit 2001 vergleichsweise konstant bei durchschnittlich 14,35%.

Tabelle 7: Bruttoanlageinvestitionen

Bruttoanlageinvestitionen					
		2004	2005	2006	Veränderung 2004-2005
Bruttoanlageinvestitionen insgesamt (in Mio. €)	Baden-Württemberg	56.823	54.823	nv	-3,52%
	Deutschland	387.250	390.820	417.110	0,92%
In Euro je Erwerbstätigem	Baden-Württemberg	10.532	10.147	nv	-3,66%
	Deutschland	9.960	10.061	nv	1,01%
In % des BIP	Baden-Württemberg	17,8	17,0	nv	-0,80
	Deutschland	17,5	17,4	nv	-0,10
Anteil Baden-Württembergs an den Investitionen in Deutschland in %		14,7	14,0	nv	-0,70

Quelle: Statistisches Landesamt, nv = noch nicht verfügbar

2.5 Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs

2.5.1 Strukturentwicklung der Branchen

Export

Der Export ist weiterhin ein wichtiger Tragpfeiler der baden-württembergischen Wirtschaft. Produkte „Made in Baden-Württemberg“ sind weltweit sehr gefragt. Der Einfluss der Warenexporte auf die Wirtschaftsentwicklung nimmt stetig zu. Auch im Jahr 2006 haben die Unternehmen des Landes ihren Wachstumskurs fortgesetzt. Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Exporte um beachtliche 15% zu. Für den Zeitraum 1996-2006 bedeutet dies ein jährliches Wachstum von durchschnittlich 7,6%. Da die Ausfuhrpreise im gleichen Zeitraum um gut 2% anstiegen, betrug der Zuwachs des realen Exportvolumens rund 13%. Damit entwickelten sich die Ausfuhren des Landes dynamischer als der Welthandel, dessen Zunahme 2006 auf gut 9% geschätzt wird. Die Warenausfuhren Baden-Württembergs haben 2006 eine neue Rekordmarke erreicht. Nachdem im Jahr 2000 erstmals die Schallmauer von 100 Mrd. Euro durchbrochen wurde, beliefen sich die Exporte in 2006 auf 141,9 Mrd. Euro. Damit wurde zum vierten Mal hintereinander das Vorjahresniveau übertroffen. Die bedeutendste Abnehmerregion baden-württembergischer Produkte ist nach wie vor die Europäische Union. 2006 gingen fast 80 Milliarden Euro bzw. 56% der Exporte in die EU-Länder. Die wichtigsten Kunden innerhalb der Europäischen Union kamen aus Frankreich, Italien und dem Vereinigten Königreich. Auf diese drei Länder entfielen über ein Fünftel aller Exporte des Landes.

Der größte Abnehmerstaat baden-württembergischer Güter außerhalb Europas waren wie in den Jahren zuvor die USA. Baden-Württemberg lieferte 2006 in die USA Waren im Wert von über 17 Milliarden Euro; das entspricht einem Anteil am Gesamtexport von 12,1%. China wird als Abnehmer von Produkten des Landes immer wichtiger. 2006 konnten Güter im Wert von 4,6 Milliarden Euro in das »Reich der Mitte« ausgeführt werden. Damit ist China mittlerweile das zehntwichtigste Zielland baden-württembergischer Ausfuhren geworden. Das baden-württembergische Exportportfolio wird in hohem Maße von den Investitionsgütern bestimmt. In 2006 haben die Ausfuhren von Autos und Maschinen fast die Hälfte der Gesamtexporte ausgemacht. Mit deutlichem Abstand folgten die chemischen Erzeugnisse mit einem Anteil von fast 11%.

Verarbeitendes Gewerbe

Die wirtschaftliche Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg verlief 2006 außergewöhnlich gut. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung, ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Aktivität, stieg im Vergleich zum Vorjahr um rund 7%. Dies war der stärkste Anstieg seit dem Boomjahr 2000. Das mit einem Anteil von einem Drittel an der gesamten Wirtschaftsleistung sehr bedeutsame Verarbeitende Gewerbe war damit ein zentraler Wachstumsmotor des Landes. Allerdings nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe von 2005 auf 2006 um 15.000 Personen auf rund 1,47 Mio. weiter ab (etwa 27% aller Erwerbstätigen in Baden-Württemberg). Vom Beschäftigungsabbau waren Arbeitsplätze mit geringer Produktivität offenbar besonders betroffen. Mit der Einführung neuer und innovativer Produktionsprozesse kam es zu einer deutlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität der hiesigen Industrie. Die langfristige Entwicklung von Erwerbstätigenzahl und Wirtschaftsleistung zeigt einen auseinandergehenden Trend. Während die Bruttowertschöpfung mit Ausnahme des Jahres 2002 seit 1996 stetig zunahm, ist das Erwerbstätigenniveau im Zeitraum von 1991 bis 2006 insgesamt um 18,7 % bzw. 338 000 Stellen gesunken. Die Umsatzzuwächse im Verarbeitenden Gewerbe seit 2004 wurden zuerst ausschließlich vom Ausland getragen, doch seit 2006 steigen auch die Inlandsumsätze deutlich.

Dienstleistungswirtschaft

Neben dem Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ sind unternehmens- und haushaltsbezogene Dienstleistungen die zweite große volkswirtschaftliche Dienstleistungsgruppe. Sie umfassen so unterschiedliche Wirtschaftszweige, wie die Anbieter von IT - Dienstleistungen für Unternehmen, das Kredit- und Versicherungsgewerbe oder das Gesundheitswesen. Das wirtschaftliche Gewicht der unternehmens- und haushaltsbezogenen Dienstleistungsbereiche ist beträchtlich. Ihr Wertschöpfungsanteil belief sich 2006 auf rund 45%. Das Wirtschaftswachstum der Dienstleistungsgruppe, in der 2,33 Mill. Personen tätig sind, blieb in den letzten Jahren jedoch hinter dem der Gesamtwirtschaft zurück. Zwischen 2003 und 2006 war die durchschnittliche nominale Steigerungsrate mit 1% pro Jahr nur halb so hoch wie in der gesamten Wirtschaft. Die Wirtschaftsleistung im baden-württembergischen Dienstleistungssektor (ohne Handel und Gastgewerbe) hat sich in 2006 aufgrund der anziehenden Konjunktur wesentlich stärker erhöht als 2005. Die stärkste Expansion hat 2006 im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ mit einer Wachstumsrate von geschätzten rund 5% stattgefunden. Bei den Dienstleistungen „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“ hat sich danach auch die preisbereinigte Wirtschaftsleistung in 2006 um 2,5% erhöht. Im Bereich „Öffentliche und private Dienstleistungen“ (öffentliche Verwaltung und vor allem Humandienstleistungen in Bildung, Gesundheit, Kultur und privaten Haushalte) ist davon auszugehen, dass die Wirtschaftsleistung bei rund 1% lag und damit am schwächsten gestiegen ist.

Bauhauptgewerbe

Für das krisengeschüttelte Bauhauptgewerbe, das gut 1,5% zur gesamten Wirtschaftsleistung des Landes beiträgt, verstärkt sich die Hoffnung auf eine nachhaltige Stabilisierung. Nachdem 2006 erstmals seit 2001 der baugewerbliche Umsatz höher lag als im Vorjahr, bestätigte sich dieser positive Trend auch für das Jahr 2007. Getragen wurde diese erfreuliche Entwicklung des Bauhauptgewerbes in erster Linie vom Wirtschaftsbau, insbesondere vom Wirtschaftstiefbau (zum Beispiel Bau von Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen), der im Vergleich zum Vorjahresniveau um stattliche 35% zulegen konnte. Auch im Wirtschaftshochbau kletterte der Umsatz um 19% nach oben. Mit einer Steigerung der Auftragseingänge um 25% im Wirtschaftstiefbau bzw. um 28% im Wirtschaftshochbau lassen die gut gefüllten Auftragsbücher eine weiterhin positive Entwicklung erwarten. Hier spiegelt sich die günstige wirtschaftliche Lage in Baden-Württemberg und die damit einhergehende Bereitschaft vieler Unternehmen wider, zum Beispiel in neue Büro- und Fertigungsgebäude zu investieren. Das Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg erwirtschaftete mit über 7.000 Betrieben gut 4% der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes. Getragen wurde der baukonjunkturelle Aufschwung 2006 in Baden-Württemberg insbesondere vom Wohnungsbau, der größten Sparte innerhalb des Bauhauptgewerbes. Aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage 2006 und der Mehrwertsteuererhöhung 2007 ist der Aufschwung im Wohnungsbau jedoch auf sogenannte Vorzieheffekte zurückzuführen, die 2007 zu einem deutlichen Umsatzrückgang führten.

Handwerk

Das Handwerk ist in Baden-Württemberg mit 124.700 Betrieben (davon rund 83.700 zulassungspflichtige Handwerksbetriebe) ein bedeutender Bestandteil der mittelständischen Wirtschaft. Gemessen am steuerbaren Umsatz des Landes Baden-Württemberg (2004: 713 Mrd. Euro) betrug der Anteil der Handwerksumsätze rund 9%. Schon seit mehreren Jahren befindet sich das Handwerk im Umbruch. Die allgemeine Konjunkturschwäche machte auch vor dem Handwerk nicht halt. Zwar steigt seit 2003 die Zahl der Handwerksunternehmen wieder leicht und auch die Umsätze zeigen ein leichtes Plus auf, die Zahl der im Handwerk tätigen Personen sinkt allerdings weiterhin kontinuierlich ab. In den ersten beiden Quartalen des Jahres 2006 stieg der Umsatz der Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um durchschnittlich 3%. (Bund: 2,4%). Die erfreuliche Umsatzentwicklung schlug sich jedoch nicht in einem positiven Beschäftigungseffekt nieder. Betrachtet man die Entwicklung des Handwerks in Baden-Württemberg bezüglich Umsatz und Beschäftigung seit 2004, so stellt man fest, dass die Umsatzentwicklung besser und die Entwicklung der Beschäftigtenzahl weniger rückläufig ist als in Gesamtdeutschland. Hierfür lassen sich zwei Gründe feststellen. Zum einem ist die Struktur des baden-württembergischen Handwerks im Vergleich zu Gesamtdeutschland günstiger, andererseits ist der Standort Baden-Württemberg für dynamische Gewerbezweige auch überdurchschnittlich attraktiv, da das Umsatzwachstum der jeweiligen Gewerbezweige verglichen mit dem entsprechenden Gewerbezweig auf Bundesebene im Durchschnitt höher ausfällt.

Gastgewerbe

Bei der realen Umsatzentwicklung des Gastgewerbes überwogen seit Mitte der 90er Jahre die negativen Vorzeichen deutlich, wobei Baden-Württemberg im Bundesvergleich noch vergleichsweise gut abschnitt. In 2006 war im Gastgewerbe mit einem Plus von 3% der höchste Zuwachs der preisbereinigten Wertschöpfung seit 2000 erreicht worden. Einen maßgeblichen Beitrag zu dieser Entwicklung hatte die Fußball - WM geleistet. Die für die Branche letztlich entscheidende Übernachtungszahl nimmt jedoch wegen eines anhaltenden Trends zu immer kürzeren Aufenthalten seit Jahren ab, oder wie in den Jahren 2004-2005 nur vergleichsweise schwach zu. Dies war auch 2006 wieder der Fall. Für 2006 wurde ein Zuwachs von 0,9% gegenüber dem Vorjahr auf 40,86 Mio. Übernachtungen (2007 1,2% / 40,5 Mio.) verzeichnet.

Handel

Nach einer Phase hoher wirtschaftlicher Dynamik in den Jahren 1998 bis 2001 litt der Handel unter der weltweiten Konjunkturflaute und hatte besonders im Jahr 2002 mit Nachfrageausfällen zu kämpfen. Erst in den Jahren 2004 und 2005 war die wirtschaftliche Entwicklung wieder aufwärts gerichtet. Im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2005 ist die Bruttowertschöpfung im Handel preisbereinigt um rund 3% gewachsen. In 2006 dürfte die Wirtschaftsleistung im Handel um 4% gewachsen sein. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2006 kam es im Einzelhandel erstmals wieder zu einem spürbaren Umsatzplus. Dem binnenorientierten Einzelhandel kam offenbar die sich allmählich bessernde Situation auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung zugute. Verhaltener stiegen die preisbereinigten Umsätze im Kfz-Handel, hier verlief die Entwicklung in den einzelnen Sparten recht unterschiedlich. Kräftig legte der Großhandel zu, dort stiegen die realen Umsätze aufgrund der starken Export- und Investitionsgüternachfrage stark an.

2.5.2 Mittelstand in BW

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind ein bedeutender Teil der Volkswirtschaft und tragen in erheblichem Maße zu Beschäftigung und Wertschöpfung bei. Ihre Bedeutung geht aber weit über die rein quantitativen Merkmale hinaus. Zunächst haben KMU wichtige Wirkungen auf die Beschäftigung. Die Vielzahl an KMU bietet eine vielfältige Auswahl an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Vor allem durch die bei Großunternehmen umfassenderen Möglichkeiten zur Rationalisierung und Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland war dort in den letzten Jahren ein erhöhter Abbau von Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Empirische Studien deuten darauf hin, dass die Beschäftigung in KMU diesen Arbeitsplatzabbau teilweise abfedert. Weitere wichtige Funktionen mittelständischer Unternehmen werden im Zusammenhang mit der Konjunktur- und der Umweltpolitik sowie der Nahversorgung gesehen. So sind diese Unternehmen wegen ihres geringen Fix- und Bürokratiekostenanteils weniger anfällig für Konjunkturschwankungen und wirken so stabilisierend. Auch sind die Umweltbelastungen durch kleinere Unternehmen proportional geringer als von Großunternehmen. Dies kann durch den geringeren Energiebedarf auf Grund überwiegend personaler Produktion, der dezentralen Ansiedlung und der geringeren zeitlich konzentrierten Verkehrsbelastung begründet werden. Durch die Vielzahl mittelständischer Unternehmen und deren dezentraler Verteilung tragen diese dazu bei, ein flächenmäßig weit gefächertes Angebot von Gütern und Dienstleistungen bereitzustellen. Dies ist bedeutsam für eine ausgewogene Infrastruktur und die Verringerung lokaler Wohlfahrtsunterschiede.

Die Bedeutung des Mittelstandes wird insbesondere auch durch Neugründungen bestimmt. Zugleich ist die moderne Wirtschaft auf Existenzgründungen angewiesen. Gründungen und Schließungen sind sowohl Ergebnis als auch Triebfeder des strukturellen Wandels, indem einerseits Impulse gesetzt und andererseits die Märkte von unrentablen Unternehmen bereinigt werden. 2004 erreichte die Zahl der Gewerbeanmeldungen einen Höchststand und befindet sich 2006 nach einem deutlich Rückgang von rund 6,2% mit rund 110.000 Anmeldungen immer noch auf einem deutlich höheren Niveau als 2003. Gleichzeitig stieg jedoch auch die Zahl der Gewerbeabmeldungen um rund 2,4% an, ein Trend, der seit 2002 anhält. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Verringerung des Saldos aus An- und Abmeldungen auch 2007 noch fortsetzen wird.

Tabelle 8: Gewerbean- und Abmeldungen in Baden-Württemberg

Gewerbean- und Abmeldungen in Baden-Württemberg				
	2004	2005	2006	Veränderung 2004-2006
Gewerbeanmeldungen				
Anzahl	116.463	111.044	109.218	-6,22%
gegenüber Vorjahr		-5.419	-1.826	
Gewerbeabmeldungen				
Anzahl	88.298	89.277	90.411	2,39%
gegenüber Vorjahr		979	1.134	
Saldo	28.165	21.767	18.807	-33,23%

Quelle: Statistisches Landesamt

2.6 Innovation

Innovation ist das Ergebnis komplexer Wechselbeziehungen zwischen Personen, Organisationen und ihrem Tätigkeitsumfeld, indem in Wirtschaft und Gesellschaft Neuerungen hervorgerufen, adoptiert und erfolgreich genutzt werden. Innovation stellt sich als ein komplexer, gesamtgesellschaftlicher Prozess dar, der neben technologischen z. B. auch organisatorische, logistische, finanz- und personalwirtschaftliche, vermarktungsrelevante und designorientierte Neuerungen umfasst.

Um die Innovationsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg fortlaufend messen bedarf es geeigneter Indikatoren. Dabei wird zur weiteren Beschreibung der Innovationsfähigkeit Baden-Württembergs auf den Innovationsindex des Statistischen Landesamts zurückgegriffen, der für die Länder bzw. Regionen der EU für die Jahre 2004 und 2006 berechnet wurde.

Der in der nachfolgenden Tabelle dargestellte Innovationsindex wird in zwei Stufen berechnet. Mithilfe der jeweils aktuellsten normierten Werte von sechs Innovationsindikatoren (FuE-Ausgaben, FuE-Personal, Patentanmeldungen sowie Erwerbstätige in industriellen Hochtechnologie- und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen sowie wissenschaftlich-technischen Berufen) wird zum einen der Teilindex »Niveau« berechnet, der Aufschluss über den technologischen Ist-Zustand der untersuchten Gebiete gibt. Der zweite Teilindex »Dynamik« setzt sich aus den jahresdurchschnittlichen Veränderungsdaten dieser sechs Innovationsindikatoren seit Ende der 90er-Jahre zusammen und gibt damit Hinweise auf die mittelfristige Entwicklung der Innovationsfähigkeit. Die beiden Teilindizes werden zum Innovationsindex zusammengefasst, wobei der Niveauindex ein Gewicht von 75 % und der Dynamikindex von 25% erhielt.

Tabelle 9: Innovationsindices

Innovationsindices				
		2004	2006	Veränderung 2004-2006
Innovationsindex	100%	70,0	68,5	-2,14%
Niveauindex	75%	79,5	77,9	-2,01%
Dynamikindex	25%	41,7	40,3	-3,36%

Quelle: Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg ist 2006 trotz der leicht rückgängigen Entwicklung nach 2004 erneut die Region mit der höchsten Innovationskraft innerhalb der Europäischen Union. Maßgeblich für die Spitzenposition Baden-Württembergs im EU-weiten Innovationsranking ist vor allem die enorm starke technologische Basis des Landes. Nirgendwo sonst sind der Anteil der Erwerbstätigen in industriellen Hochtechnologiebranchen (2004: Baden-Württemberg 19% / EU-25 7%) und die Patentdichte (2003: Baden-Württemberg 300 / EU-25 <70) höher. Auch bei der FuE-Ausgabenintensität und der FuE-Personalintensität liegt Baden-Württemberg jeweils auf einem europäischen Spitzenplatz. Deutlich schwächer abgeschnitten hat das Land dagegen beim Anteil der Erwerbstätigen in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen (z.B. Forschungsinstitute oder Finanz- und Unternehmensdienstleister). Der dort festgestellte, vergleichsweise geringe Erwerbstätigenanteil ist jedoch zugleich Spiegelbild der großen Bedeutung industrieller Hochtechnologiebranchen im Land, die zudem viele Dienstleistungsfunktionen im Unternehmen selbst ausführen.

Wesentliche Ursache für das hohe technologische Niveau ist die Tatsache, dass große Unternehmen des produzierenden Gewerbes (z.B. Automobil- und Automobilzuliefererbranche, Maschinenbau sowie IT-Technologie) ihren Hauptsitz oder bedeutende Tochterunternehmen in Baden-Württemberg haben. Diese Unternehmen verfügen im Land nicht nur über enorme FuE-Kapazitäten, sondern zählen auch zu den größten Patentanmeldern Deutschlands und Europas. Ergänzt werden die Innovationskapazitäten dieser Großunternehmen durch ein Netzwerk innovativer Zulieferer und Dienstleister sowie ein dichtes Netz von Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen.

Das schlechtere Abschneiden Baden-Württembergs im Dynamikindex ist im Wesentlichen auf die im europäischen Vergleich geringe Steigerung der FuE-Ausgabenintensität, der FuE-Personalintensität und der Patentdichte zurückzuführen. Hier hat Baden-Württemberg aber bereits ein Spitzenniveau erreicht, so dass eine weitere nennenswerte Erhöhung deutlich höhere Anstrengungen voraussetzt, als in jenen Ländern und Regionen, die von einer geringen Basis aus einen „Nachholprozess“ starten.

2.7 Forschung und Entwicklung

Baden-Württemberg hat in 2005 mit einem Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 4,2% einen neuen Spitzenwert erreicht. Damit lag Baden-Württemberg nicht nur weiterhin auf Platz 1 der Flächenländer, sondern hat auch den Stadtstaat Berlin überholt, der mehrere Jahre noch vor den Flächenländern lag. Dieses auch im internationalen Vergleich herausragende Ergebnis ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die baden-württembergischen Unternehmen ihre internen Forschungs- und Entwicklungsausgaben massiv gesteigert haben. So sind die internen FuE-Ausgaben der baden-württembergischen Wirtschaft von 2001 auf 2005 absolut um über 1,5 Milliarden € auf nunmehr rd. 11 Mrd. € gestiegen, was rund 2/3 des in diesem Zeitraum bundesweit erzielten Zuwachses bei den FuE-Ausgaben der Wirtschaft entspricht. Mit dieser erheblichen Steigerung der FuE-Anstrengungen trägt Baden-Württemberg wesentlich mit dazu bei, dem EU-weit vereinbarten Ziel, die FuE-Ausgaben am BIP auf 3% zu steigern, auch bundesweit näher zu kommen.

Im Bereich der baden-württembergischen Hochschulen sind die FuE-Ausgaben von 2001 bis 2005 um rund 130 Mio. € auf nunmehr fast 1,4 Mrd. € gewachsen. Gemessen am Zuwachs lagen sie damit nach Nordrhein-Westfalen mit 325 € Euro auf Platz 2. Bei den außerhochschulischen Einrichtungen stiegen die FuE-Ausgaben in Baden-Württemberg um 100 Mio. € auf 1,35 Mrd. €; damit wurde erstmals der Wert von Nordrhein-Westfalen übertroffen.

In erheblichem Umfang trugen Bundesmittel zur Finanzierung von FuE in Baden-Württemberg bei. So flossen 2005 FuE-Mittel des Bundes in Höhe von über 1,26 Mrd. € nach Baden-Württemberg; das sind über 4,2 % mehr als 2001 – und das, obwohl die Bundesmittel in diesem Zeitraum um 0,3% rückläufig waren. Bei der Einwerbung von BMBF-Projektförderungsmitteln konnte Baden-Württemberg seinen Anteil um rund 54 Mio. € oder 3,6 Prozentpunkte auf 17,8% der BMBF-Projektmittel erhöhen. Allein die baden-württembergischen Unternehmen konnten ihren Anteil um mehr als 9 Prozentpunkte auf über 27% steigern und lagen damit an der bundesweiten Spitze. Hochschulen und außerhochschulische Einrichtungen aus Baden-Württemberg lagen auf Platz 2 mit Werten von 14,6 bzw. 14,4% aller für diese Empfängergruppen ausgereichten Fördermittel. Die vom Land selbst bereit gestellten Mittel für FuE wuchsen im Zeitraum von 2001 auf 2005 um 3,4 % auf fast 1,4 Mrd. €.

2.8 Cluster

Unter Cluster wird ein Netzwerk von Produzenten, Zulieferern, Forschungseinrichtungen, Dienstleistern und damit verbundene Institutionen verstanden, das über gemeinsame Austauschbeziehungen entlang einer Wertschöpfungskette gebildet wird. Darüber hinaus zählen zu einem Cluster beispielsweise auch Arbeitsgemeinschaften zur Bearbeitung von Forschungsvorhaben oder zum gemeinsamen Marketing. Ferner gehören auch Netzwerke, die über Kammern und Wirtschaftsförderer entstehen, zu einem Cluster.

Die Branchenstruktur nimmt eine zentrale Rolle für das Leistungspotenzial und die Zukunftsfähigkeit einer Region ein. Zudem ist die Beschäftigungsentwicklung in spezialisierten Gebieten tendenziell günstiger. Die für Baden-Württemberg bereits identifizierten Cluster decken sich zu einem großen Teil mit den aufgrund der Beschäftigungsstruktur vorherrschenden Leitbranchen im Land. Diese Struktur ermöglicht tendenziell ein weiteres Zusammenwachsen in einem arbeitsteiligen Produktionsverfahren.

Tabelle 10: Cluster-Anteile an der realen Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft in %

Anteil an der realen Bruttowertschöpfung des Clusters an der Gesamtwirtschaft in %				
		1995	2002	Veränderung 1995-2002
Automobil	Baden-Württemberg	5,1	5,4	5,9%
	Deutschland	2,4	2,5	4,2%
Produktionstechnik	Baden-Württemberg	13,4	12,8	-4,5%
	Deutschland	7,9	7,3	-7,6%
Unternehmenssoftware- und Dienste	Baden-Württemberg	14,7	18,1	23,1%
	Deutschland	15,7	18,7	19,1%
Photonik	Baden-Württemberg	1,7	1,7	0,0%
	Deutschland	0,9	0,8	-11,1%
Telemedia	Baden-Württemberg	6	7,6	26,7%
	Deutschland	5,9	8,1	37,3%
Gesundheit	Baden-Württemberg	7,2	7,8	8,3%
	Deutschland	6,9	7,5	8,7%

Quelle: Statistisches Landesamt, Monatsheft 4/2006

2.9 Umwelt

2.9.1 Flächennutzung und -Verbrauch

Von der Gesamtfläche Baden-Württembergs entfielen Ende 2006 rund 13,8% auf bebaute und unbebaute Flächen, die zu Siedlungs- und Verkehrszwecken (SuVf) genutzt wurden. Der Anteil der SuVf nahm in den letzten Jahren (2000-2006) stetig zu. Der prozentual größte Zuwachs war dabei im Bereich der Erholungsfläche zu verzeichnen. Die Erholungsfläche umfasst unbebaute Flächen, die dem Sport oder der Erholung dienen. Hierzu gehören u. a. Grünanlagen einschließlich Parks, Gärten und dergleichen sowie Sportflächen und Campingplätze. Die restlichen 86,2% der Landesfläche waren naturnahe, fast ausschließlich unbebaute Fläche, die zur „freien Landschaft“ zählen und flächenstatistisch in etwa den Umfang des „Freiraums“ im Land abbilden. Die „freie Landschaft“ setzte sich Ende 2004 hauptsächlich aus Landwirtschafts- und Waldflächen zusammen und nahm 46,3% bzw. 38,1% der Bodenfläche des Landes ein. Während der Anteil der Landwirtschaftsfläche zwischen 2000 und 2004 um rund 1,1% abnahm, konnte bei den Waldflächen ein Zuwachs von 0,3% verzeichnet werden. Sonstige Flächen der „freien Landschaft“, insbesondere Wasserfläche, Abbau- und Flächen anderer Nutzung, umfassten in 2004 rund 1,9% der Landesfläche.

Tabelle 11: Flächennutzung und Verbrauch

Flächennutzung- und Verbrauch (in ha)								
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung 2000-2006
Siedlungs- und Verkehrsfläche	471.832	476.146	480.019	483.792	486.992	490.187	493.610	4,6%
Gebäude- und Freifläche	250.018			2.579	259.934		264.150	5,7%
Verkehrsfläche	189.675	190.297	191.066	191.949	192.479	192.828	193.347	1,9%
Erholungsfläche	24.868	25.466	25.963	26.444	26.984	27.621	28.412	14,3%
Sonstige SuV	7.271			262.820	7.595		7.701	5,9%
Landwirtschaftsfläche	1.674.917				1.655.939			
Waldfläche	1.358.434				1.363.025			
Sonstige Fläche	69.947				69.218			
Bodenfläche insgesamt	3.575.130	3.575.162	3.575.165	3.575.168	3.575.174	3.575.174	3.575.154	

Quelle: Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt

Tabelle 12: Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche, Bevölkerung und Bruttoinlandsprodukts Baden-Württembergs an Deutschland

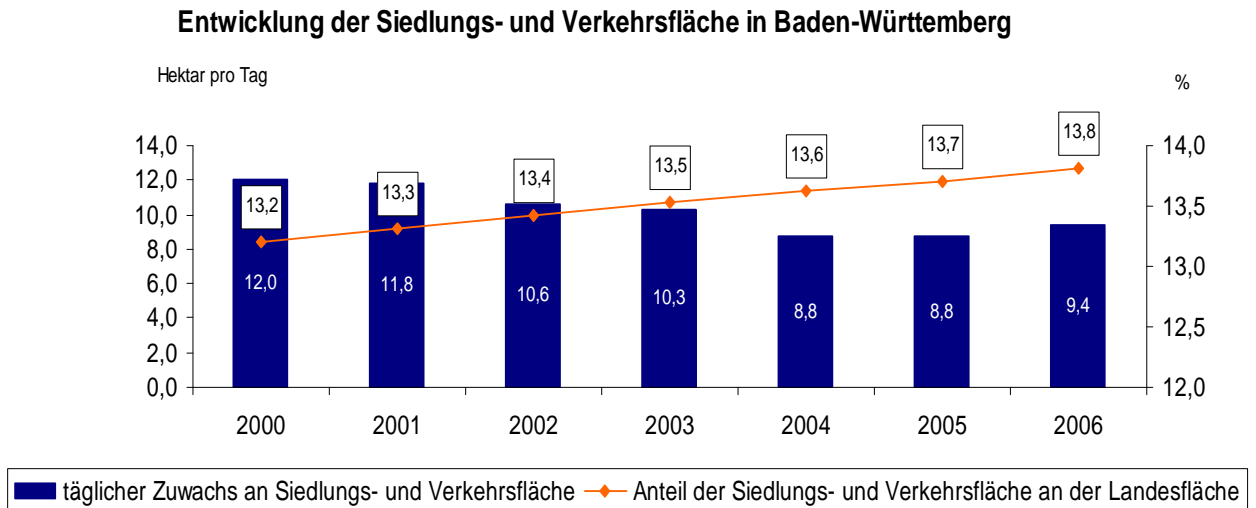
Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche, Bevölkerung und Bruttoinlandsprodukt Baden-Württembergs an Deutschland									
		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung 2000-2006
SuVf (km ²)	Deutschland	43.939	44.381	44.780	45.141	45.621	46.050	46.438	5,69%
	Baden-Württemberg	4.718	4.761	4.800	4.838	4.870	4.902	4.936	4,62%
	Anteil B-W an D	10,74%	10,73%	10,72%	10,72%	10,67%	10,64%	10,63%	0,09
Bevölkerung in 1000	Deutschland	82.260	82.440	82.537	82.532	82.501	82.438	82.315	0,07%
	Baden-Württemberg	10.524	10.601	10.661	10.693	10.717	10.736	10.739	2,04%
	Anteil B-W an D	12,79%	12,86%	12,92%	12,96%	12,99%	13,02%	13,05%	0,26
BIP (Mrd €)*	Deutschland	2.063	2.113	2.143	2.164	2.211	2.245	2.322	12,56%
	Baden-Württemberg	297	310	312	315	319	323	338	13,53%
	Anteil B-W an D	14,42%	14,65%	14,56%	14,57%	14,45%	14,39%	14,54%	0,12

*) in jeweiligen Preisen

Quelle: Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt

Baden-Württemberg weist mit einem Landesanteil von 10,63% an der Siedlungs- und Verkehrsfläche bei einem Anteil von 13,05% an der Gesamtbevölkerung und 14,56% an der Wirtschaftsleistung eine im Bundesvergleich überdurchschnittlich effiziente Flächennutzung auf. Auch die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche verlief in Baden-Württemberg vergleichsweise günstig und war mit einem Zuwachs von 4,62% seit 2000 niedriger als im Bundesgebiet. Ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum wurde mit einer unterdurchschnittlichen Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche bewältigt.

Abbildung 1: Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Baden-Württemberg



Quelle: Statistisches Bundesamt

In den Jahren 2000 bis 2006 nahm der Anteil der SuVf an der Landesfläche von 13,2% auf 13,8% zu. Gleichzeitig sank der tägliche Zuwachs an SuVf von 12,0 ha auf 9,4 ha, wobei allerdings in den letzten zwei Jahren dieses Zeitraums wieder ein Anstieg des täglichen Flächenverbrauchs zu vermerken ist. Der jährliche Zuwachs von rund 3.400 ha (9,4ha/Tag) setzt sich aus etwa 2000 ha Gebäude- und Freifläche, 550 ha Verkehrsfläche, 800 ha Erholungsfläche sowie 50 ha sonstiger SuVf zusammen. Modellrechnungen zeigen, dass in hohem Maße die Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung und weniger der Bevölkerungszuwachs in den letzten 2½ Jahrzehnten den Flächenverbrauch bestimmt hat. Unterstellt man, dass die in der Vergangenheit maßgeblichen Bestimmungsgründe des Flächenverbrauchs unverändert gelten, ist zu erwarten, dass der tägliche Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Land bis 2015 auf 13,0 ha anwachsen wird. Die teilweise deutliche Senkung des Flächenverbrauchs in den Jahren 2002 bis 2005 dürfte daher in hohem Maße aus der wirtschaftlichen Wachstumsschwäche und der niedrigen Baukonjunktur der letzten Jahre resultiert haben und ist - wie die Zunahme in 2006 zeigt - somit nicht dauerhaft gesichert.

2.9.2 Energie und CO₂-Emissionen

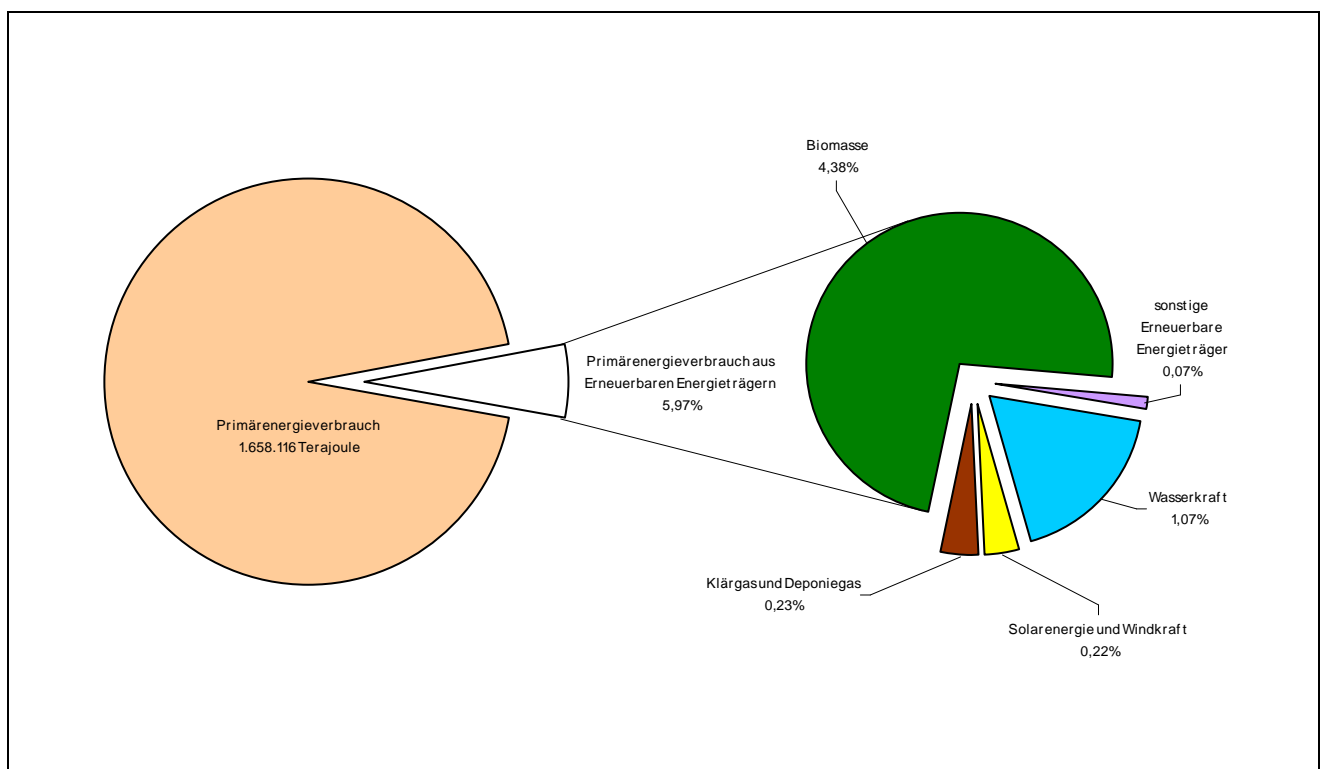
Energie

Der Endenergieverbrauch, d.h. der Verbrauch von Energieträgern durch den Endverbraucher bzw. Absatz von Energieträgern an den Endverbraucher, vermindert insbesondere um den Energieeinsatz für Umwandlung bzw. Weiterverarbeitung von Primärenergieträgern (z.B. Heizöl nach Umwandlung in einer Raffinerie), lag 2005 in Baden-Württemberg bei 1.126.948 Terajoule. Bezogen auf das Jahr 2000 entspricht das einem Mehrverbrauch von rund 6%. Während der Energieverbrauch der Gewinnung von Steinen und Erden, des sonstigen Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes sowie der Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher jeweils um deutlich über 11% stieg, sank der Energieverbrauch des Verkehrs insgesamt um rund 6%.

Die verbrauchte Energie stammte 2005 zu 5,97% aus erneuerbarer Energie. Damit wurde das Landesziel, den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärverbrauch auf 4,8% zu erhöhen, schon vor 2010 erreicht. Der Hauptteil der verbrauchten Energie aus erneuerbaren Energien stammte aus Biomasse (4,38%), gefolgt von Wasserkraft (1,07%). Der Energieverbrauch an Energie aus Klärgas und Deponiegas, Solarenergie und Windkraft sowie sonstigen erneuerbaren Energieträgern betrug zusammen nur rund 0,5%.

Die Höhe des Energieverbrauchs wird zwar deutlich vom Volumen der Wirtschaftsleistung, gemessen an der Bruttowertschöpfung, beeinflusst. Allerdings bestehen deutliche Unterschiede bei der Verteilung von Bruttowertschöpfung, Energieverbrauch und CO₂-Emissionen auf die Bundesländer. So entfallen auf Baden-Württemberg fast 15% der bundesdeutschen Bruttowertschöpfung, aber lediglich 10% des gesamten Energieverbrauchs, und sogar nur 8% der bundesdeutschen CO₂-Emissionen. In Nordrhein- Westfalen dagegen entfallen bei einem Anteil von 22% an der Bruttowertschöpfung immerhin 30% des Energieverbrauchs und sogar 38% der gesamten durch die Wirtschaft in Deutschland verursachten CO₂-Emissionen.

Abbildung 2: Energieverbrauch nach Energieträgern 2005



Quelle: Statistisches Landesamt

Tabelle 13: Energieverbrauch

Energieverbrauch (in Terajoule)							
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Veränderung 2000-2005
Endenergieverbrauch	1.062.956	1.118.815	1.048.780	1.120.816	1.114.639	1.126.948	6,02%
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	217.399	220.744	216.507	240.883	238.974	243.390	11,96%
Verkehr insgesamt	334.419	326.587	323.366	314.613	319.553	314.228	-6,04%
Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher	511.138	571.484	508.907	565.320	556.112	569.330	11,38%

Quelle: Statistisches Landesamt

CO₂-Emissionen

Die jährlichen CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg sind zu mehr als 95% durch den Verbrauch fossiler Energieträger verursacht. Nach einer rückläufigen Tendenz in den Jahren 2002 bis 2004 war in 2005 wieder ein spürbarer Anstieg auf 77,2 Mill. Tonnen der energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen zu verzeichnen. Neben der deutlich erhöhten Auslastung der Kohlekraftwerke im Land war dafür vor allem auch die konjunkturelle Erholung ausschlaggebend. Gemessen an der Einwohnerzahl liegen die Emissionen in Baden-Württemberg mit 7,2 t je Einwohner aber dennoch verglichen mit den meisten anderen Bundesländern eher niedrig. Dies hat vor allem strukturelle Ursachen.

Das Niveau und die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Energieverbrauchs sowie der daraus resultierenden energiebedingten CO₂-Emissionen sind in hohem Maße von der Wirtschaft des Landes geprägt. Fast 70% der energiebedingten CO₂-Emissionen werden durch die Produktionstätigkeit in der Wirtschaft verursacht, der Rest von gut 30% entfällt auf die privaten Haushalte im Land. Bezogen auf die Wirtschaftsleistung errechnet sich für die Wirtschaft im Land ein deutlich niedriger Emissionswert als im Bundesdurchschnitt. Ein wichtiger Grund dafür ist die vergleichsweise geringe Energieintensität der Wirtschaft.

2.9.3 Wasser

In den Jahren 1995-2004 reduzierte sich die Abwassereinleitung in Baden-Württemberg insgesamt um 26,4% auf 5.906 Mio. Kubikmeter. Dabei waren im Bereich der Abwässer aus der Wirtschaft, die mit rund 79,5% einen Großteil der eingeleiteten Abwässer darstellten, deutlich stärkere Rückgänge zu verzeichnen.

Tabelle 14: Abwassereinleitung

Abwassereinleitung						
	Einheit	1995	1998	2001	2004	Veränderung 1995-2004
Abwassereinleitung insgesamt	Mill. m ³	8.023	6.391	6.712	5.906	-26,40%
Kommunales Abwasser	Mill. m ³	1.743	1.540	1.782	1.450	-16,82%
häusliches und kleingewerbliches Abwasser	Mill. m ³	535	553	610	586	9,43%
Übernahme von Abwasser aus der Wirtschaft	Mill. m ³	94	70	63	57	-39,94%
Fremd- und Niederschlagswasser	Mill. m ³	1.113	918	1.109	807	-27,49%
Abwasser aus der Wirtschaft	Mill. m ³	6.375	4.921	4.993	4.512	-29,21%

Quelle: Statistisches Landesamt

Der Verbrauch aller Bundesländer (private Haushalte und Wirtschaft) betrug in 2001 knapp 44 Mrd. m³ Wasser, das entspricht dem Volumen des Bodensees. Zwischen den einzelnen Bundesländern zeigten sich jedoch große Unterschiede im Wasserfluss. Baden-Württemberg lag mit knapp 7 Mrd. m³ an zweiter Stelle nach Nordrhein-Westfalen mit 8 Mrd. m³. Beeinflusst wird die Höhe des Wasserflusses maßgeblich von der Einwohnerzahl. Hierbei lag Baden-Württemberg mit 656 m³ je Einwohner knapp über dem Länderdurchschnitt (593 m³).

Die großen Unterschiede im Wassereinsatz sind hauptsächlich auf die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und den stark variierenden Anteil der wasserverbrauchsintensiven Wirtschaftszweige zurückzuführen. Eine große Rolle hierbei spielt die Energieversorgung, diese macht im Länderdurchschnitt allein 57% des Wassereinsatzes aus.

Die Wasserproduktivität berechnet sich aus dem Wassereinsatz im Verhältnis zur wirtschaftlichen Gesamtleistung eines betrachteten Gebietes. In Baden-Württemberg konnte die Wasserproduktivität zwischen 1998 und 2001 um 4% gesteigert werden. Dies wurde durch einen verminderten Wassereinsatz (bei verstärkter Mehrfach- und Kreislaufnutzung des Wassers) bei gleichzeitig gestiegener Wirtschaftsleistung erreicht. Damit konnte eine deutliche Entkopplung von Wassereinsatz und Wirtschaftswachstum beobachtet werden. Die deutlichen Rückgänge der Abwassereinleitung für 2004 belegen eine Fortsetzung dieses Trends.

3 Übersicht über die Durchführung des Operationellen Programms

3.1 Ergebnisse der Fortschrittanalyse

Nachfolgend werden die auf Basis des für das Operationelle Programm eingerichteten Begleitsystems (s. Kapitel 6.2.3 des OP) ermittelten materiellen und finanziellen Ergebnisse für das Jahr 2007 auf Ebene des Operationellen Programms (Schwerpunkte 1-3) dargestellt. Des Weiteren werden die Zielwerte der Indikatoren auf Jahreswerte heruntergebrochen, um signifikante Abweichungen von den Programmzielen frühzeitig erkennen zu können.

3.1.1 Angaben über den Stand der materiellen Abwicklung des Operationellen Programms

Mit der Genehmigung des Operationellen Programms am 08.11.2007 fiel der offizielle Startschuss zur Genehmigung EFRE-kofinanzierter Vorhaben im Rahmen des OP. Vor dem Hintergrund bis zu diesem Zeitpunkt noch möglicher Änderungen in der Programmierung wurde die Projektgenehmigung 2007 noch zurückhaltend gehandhabt und nur im Rahmen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum umgesetzt. 2007 wurden daher vor allem die Voraussetzungen für eine EFRE-Kofinanzierung im Rahmen der Förderrichtlinien und Programme geschaffen.

Der materielle Umsetzungsstand des Programms wird auf der Basis von Output- und Ergebnisindikatoren dargestellt. Output und Ergebnis eines Projektes werden als real existent angesehen, wenn das Projekt umgesetzt und abgeschlossen ist. Der Bericht nimmt daher ausschließlich Bezug auf Output und Ergebnisse abgeschlossener Projekte.

Im Berichtsjahr wurden noch keine Förderprojekte abgeschlossen. Materielle Ergebnisse über geförderte Projekte liegen somit noch nicht vor. In den nachfolgenden Tabellen werden die Jahreszielwerte (Basis abgeschlossene Projekte) für die Jahre 2007-2015 einschließlich der Hauptindikatoren (s. Kapitel 6.2.3 des OP, Tabelle 45) auf Ebene des Operationellen Programms dargestellt.

Tabelle 15: Gesamtübersicht über den Stand der materiellen Abwicklung des Operationellen Programms

Output-Indikatoren			2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Insgesamt
Zahl der Infrastrukturvorhaben		Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	4	19	32	32	52	52	43	56	290
		Ausgangswert	0									
Zahl der Vorhaben von Direktinvestitionsbeihilfen für KMU	Hauptindikator - Direktinvestitionsbeihilfen für KMU	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	1	89	628	410	342	276	305	459	2.510
		Ausgangswert	0									
Zahl der Vorhaben von Direktinvestitionsbeihilfen für KMU-Neugründungen	Hauptindikator - Direktinvestitionsbeihilfen für KMU	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	23	158	78	50	23	36	17	385
		Ausgangswert (1)	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250
Zahl der FTE-Vorhaben	Hauptindikator - Forschung und wissenschaftsbasierte Wirtschaft	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	10	13	13	60	13	11	120
		Ausgangswert	0									
Zahl der FTE-Vorhaben - Kooperationsprojekte	Hauptindikator - Forschung und wissenschaftsbasierte Wirtschaft	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	5	7	7	29	7	5	60
		Ausgangswert	0									
Zahl der Vorhaben mit Bezug zu umweltfreundlichen Produkten bzw. Produktionsverfahren		Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	34	210	138	120	100	105	138	845
		Ausgangswert	0									
Fläche der geförderten Reaktivierung - Grundfläche (m ²)	Hauptindikator - Umwelt	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	6.900	52.300	25.300	30.500	26.000	56.000	23.000	220.000
		Ausgangswert	0									
Fläche der geförderten Infrastrukturvorhaben - Bruttogeschossfläche		Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	0	0	0	0	11.000	0	11.000
		Ausgangswert	0									
Fläche der geförderten Infrastrukturvorhaben - Grundfläche (m ²)		Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	0	0	2.000	3.000	4.000	1.000	10.000
		Ausgangswert	0									

Die angegebenen Indikatoren-Werte (Ergebnis, Zielvorgabe) über die materielle Abwicklung des Programms nehmen ausschließlich auf abgeschlossene Projekte Bezug.

Fortsetzung Tabelle 15

Ergebnis-Indikatoren			2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Insgesamt
Investitionsvolumen der Direktinvestitionsbeihilfen für KMU (Mio. €)	Hauptindikator - Direktinvestitionsbeihilfen für KMU	Ergebnis	0,00									0,00
		Zielvorgabe	0,00	0,20	47,85	320,75	244,25	223,95	205,65	212,85	357,50	1.613,00
		Ausgangswert	0,00									
Finanzvolumen der FTE-Vorhaben (Mio. €)		Ergebnis	0									0,00
		Zielvorgabe	0			1,90	4,00	4,00	27,10	3,00	2,00	42,00
		Ausgangswert	0									
Zahl der erfolgreich abgeschlossenen FTE-Vorhaben		Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	6	8	8	44	7	7	80
		Ausgangswert	0									
Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze gesamt	Hauptindikator - Programmebene	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	320	1.840	1.055	910	695	950	1.030	6.800
		Ausgangswert (2)	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971
Geschaffene Arbeitsplätze (brutto, Vollzeitäquivalent) bei Direktinvestitionsbeihilfen für KMU	Hauptindikator - Direktinvestitionsbeihilfen für KMU	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	320	1.840	1.045	810	550	670	825	6.060
		Ausgangswert	0									
Zahl der gesicherten Arbeitsplätze gesamt		Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	1.300	11.640	8.740	8.130	7.320	7.785	12.085	57.000
		Ausgangswert (2)	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971
Vermiedene Menge an CO2 (t)	Hauptindikator - Klimaänderung	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	3.300	22.500	35.500	34.600	56.900	59.800	43.000	57.400	313.000
		Ausgangswert (3)	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000
Zahl der Vorhaben aus dem Bereich Erneuerbare Energien	Hauptindikator - Erneuerbare Energien	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	5	30	45	45	65	65	45	75	375
		Ausgangswert (3)	0									
Zusätzliche Kapazität erneuerbarer Energien (MW)	Hauptindikator - Erneuerbare Energien	Ergebnis	0,0									0
		Zielvorgabe	0,0	0,6	3,1	4,7	4,7	7,0	7,0	5,3	7,8	40
		Ausgangswert (4)	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000
Zahl der Vorhaben im Bereich der Risikoverhütung	Hauptindikator - Risikoverhütung	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	0	0	2	1	2	0	5
		Ausgangswert	0									
Begünstigte von Vorhaben zum Hochwasserschutz	Hauptindikator - Risikoverhütung	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	0	0	3.200	4.300	7.500	0	15.000
		Ausgangswert	0									
durch Hochwasserschutzmaßnahmen geschützte Fläche (m ²)		Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	0	0	660.000	520.000	820.000	0	2.000.000
		Ausgangswert	0									
Zahl der Anlagen mit weitergehender Reinigungstechnologie		Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	0	0	1	1	1	0	3
		Ausgangswert	0									
Zahl der zusammengeschlossenen Kläranlagen		Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	10	0	0	0	0	0	10
		Ausgangswert (5)	605	605	605	605	605	605	605	605	605	605
Zahl der Anlagen mit innovativen Energiekonzepten		Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	0	0	1	1	1	0	3
		Ausgangswert	0									
Anzahl der Vorhaben zur nachhaltigen Entwicklung und Steigerung der Attraktivität von Städten	Hauptindikator - Städtische Probleme	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	0	0	0	1	3	2	1	7
		Ausgangswert	0									
Anzahl der Vorhaben zur Förderung von Unternehmen, Unternehmergeist und neuen Technologien	Hauptindikator - Städtische Probleme	Ergebnis	0									0
		Zielvorgabe	0	0	3	8	8	8	10	9	19	65
		Ausgangswert	0									

(1) Zahl der Existenzgründungen 2004

(2) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2004

(3) Absolute CO2-Emissionen 2002

(4) Nutzung erneuerbarer Energieträger 2002

(5) Anzahl der vorhandenen Kläranlagen bis 5.000 EW in BaWü 2004

Die angegebenen Indikatoren-Werte (Ergebnis, Zielvorgabe) über die materielle Abwicklung des Programms nehmen ausschließlich auf abgeschlossene Projekte Bezug.

3.1.2 Finanzielle Angaben

Tabelle 16: Gesamtübersicht über den Stand der finanziellen Abwicklung des Operationellen Programms: Bewilligungen 2007

	Bewilligte zuschussfähige Ausgaben **	Entsprechende bewilligte öffentliche Beteiligung	Bewilligte private Ausgaben	Bewilligte Ausgaben, die von der mit den Zahlungen an die Begünstigten beauftragten Stelle getätigt werden
Schwerpunkt 1	2.513.500,00 €	2.513.500,00 €	0,00 €	2.513.500,00 €
Schwerpunkt 2	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Schwerpunkt 3	1.029.780,00 €	1.029.780,00 €	0,00 €	1.029.780,00 €
Technische Hilfe	7.600,00 €	7.600,00 €	0,00 €	7.600,00 €
Gesamtbetrag	3.550.880,00 €	3.550.880,00 €	0,00 €	3.550.880,00 €
Davon insgesamt auf Regionen mit Übergangunterstützung entfallender Teil	*	*	*	*
Davon insgesamt auf Regionen ohne Übergangunterstützung entfallender Teil	*	*	*	*
Anteil der in den Interventionsbereich des ESF fallenden Ausgaben am Gesamtbetrag, wenn das OP vom EFRE kofinanziert wird	*	*	*	*
Anteil der in den Interventionsbereich des ESF fallenden Ausgaben am Gesamtbetrag, wenn das OP vom EFRE kofinanziert wird	*	*	*	*
Anteil der in den Interventionsbereich des EFRE fallenden Ausgaben am Gesamtbetrag, wenn das OP vom ESF kofinanziert wird	*	*	*	*

* für Baden-Württemberg nicht relevant

** Je nach Kofinanzierungsgrundlage des jeweiligen Schwerpunkts handelt es sich um zuschussfähige Gesamtkosten oder zuschussfähige öffentliche Mittel.

Tabelle 17: Gesamtübersicht über den Stand der finanziellen Abwicklung des Operationellen Programms: Auszahlungen 2007

	Ausgaben der Begünstigten, die in den an die Verwaltungsbehörde übermittelten Zahlungsanträgen enthalten sind **	Entsprechende öffentliche Beteiligung	Private Ausgaben	Ausgaben, die von der mit den Zahlungen an die Begünstigten beauftragten Stelle getätigt wurden	Von der Kommission getätigte Zahlungen
Schwerpunkt 1	319.669,53 €	319.669,53 €	0,00 €	319.669,53 €	0,00 €
Schwerpunkt 2	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Schwerpunkt 3	331.402,81 €	331.402,81 €	0,00 €	331.402,81 €	0,00 €
Technische Hilfe	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Gesamtbetrag	651.072,34 €	651.072,34 €	0,00 €	651.072,34 €	0,00 €
Davon insgesamt auf Regionen mit Übergangunterstützung entfallender Teil	*	*	*	*	*
Davon insgesamt auf Regionen ohne Übergangunterstützung entfallender Teil	*	*	*	*	*
Anteil der in den Interventionsbereich des ESF fallenden Ausgaben am Gesamtbetrag, wenn das OP vom EFRE kofinanziert wird	*	*	*	*	*
Anteil der in den Interventionsbereich des ESF fallenden Ausgaben am Gesamtbetrag, wenn das OP vom EFRE kofinanziert wird	*	*	*	*	*
Anteil der in den Interventionsbereich des EFRE fallenden Ausgaben am Gesamtbetrag, wenn das OP vom ESF kofinanziert wird	*	*	*	*	*

* für Baden-Württemberg nicht relevant

** Je nach Kofinanzierungsgrundlage des jeweiligen Schwerpunkts handelt es sich um zuschussfähige Gesamtkosten oder zuschussfähige öffentliche Mittel.

Im Rahmen der Schwerpunkte 1-3 des Operationellen Programms wurden 2007 Projekte mit einer öffentlichen Beteiligung von insgesamt rund 3,55 Mio. € bewilligt, davon 1,775 Mio. € an EFRE-Mitteln. 2007 wurden insgesamt 651.072 € an öffentlicher Beteiligung an die Begünstigten ausbezahlt, davon 325.536 € an EFRE-Mitteln. Das entspricht 18,3% aller 2007 bewilligten Fördermittel. Das vergleichsweise geringe Auszahlungsvolumen ist dabei insbesondere auf die späte Programmgenehmigung zurückzuführen.

Dabei entfielen 70,8% der öffentlichen Beteiligung auf Schwerpunkt 1, 29% auf Schwerpunkt 3 sowie 0,2% auf die Technische Hilfe. Dagegen entfielen nur 49,1% der Auszahlungen auf Schwerpunkt 1 und 50,9% auf Schwerpunkt 3.

3.1.3 Angaben über die Verwendung der Fondsmittel

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die Verwendung der EFRE-Mittel gemäß den Einteilungen der Fondsinterventionen in Bereiche für den Zeitraum 2007-2013 nach Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006:

Tabelle 18: Verwendung der Fondsmittel nach Anhang II Teil C der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 - Auszahlungen 2007

Referenznummer der Kommission: 2007DE162PO008
Bezeichnung des Programms: Operationelles Programm für das Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" Teil EFRE in Baden-Württemberg 2007-2013
Letzte Kommissionsentscheidung über das Operationelle Programm: 08 / 11 / 2007

Kombination der Codes der Dimensionen 1 - 5

Code Dimension 1 vorrangiges Thema	Code Dimension 2 Finanzierungsform	Code Dimension 3 Art des Gebietes	Code Dimension 4 Wirtschaftszweig	Code Dimension 5 Gebiet	Betrag (Auszahlungen)
6	1	5	6	DE11B	120.290,70 €
6	1	5	6	DE11C	24.685,03 €
6	1	5	6	DE149	20.725,67 €
7	1	5	4	DE143	5.805,00 €
7	1	5	6	DE11B	53.303,96 €
7	1	5	6	DE128	48.911,55 €
7	1	5	6	DE143	51.814,25 €

Vor dem Hintergrund des geringen Bewilligungs- und Auszahlungsvolumens 2007 lassen sich noch keine Aussagen bzgl. möglicher Abweichungen von der indikativen Aufteilung der Gemeinschaftsbeteiligung - wie in Kapitel 3.3, Tabelle 35 des OP dargestellt - machen. Eine Übersicht der einzelnen o.g. Kategorien befindet sich im Anhang des Durchführungsberichts.

3.1.4 Unterstützung aufgeschlüsselt nach Zielgruppen

Konzentration von Finanzmitteln in den Landesfördergebieten Baden-Württembergs

2007 wurden in den Landesfördergebieten insgesamt 1.771.640 € an EFRE-Mitteln bewilligt und 325.536 € ausbezahlt. Damit wurden rund 99,8% aller im Rahmen des OP bewilligten EFRE-Mittel in den Landesfördergebieten bewilligt und 100% aller im Rahmen des OP ausgezahlten EFRE-Mittel dort ausgezahlt. Dieser vergleichsweise hohe Anteil resultiert aus der 2007 auf die Landesfördergebiete konzentrierten Projektauswahl. Es ist zu erwarten, dass sich der Anteil in 2008 deutlich verringern wird.

Stand der finanziellen Abwicklung in Gebieten mit Übergangsunterstützung

Baden-Württemberg besitzt keine Gebiete mit Übergangsunterstützung nach Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006.

3.1.5 Zurückgezahlte oder wiederverwendete Unterstützung

2007 wurden keine Mittel infolge der Streichung des Beitrags (gemäß Artikel 57 und 98 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006) zurückgefordert, wiedereingezogen bzw. wiederverwendet.

3.1.6 Qualitative Analyse

Im Rahmen der Schwerpunkte 1-3 des Operationellen Programms wurden 2007 insgesamt 28 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 9,43 Mio. € bewilligt.

Mit der Umsetzung des Operationellen Programms RWB-EFRE 2007-2013 wird eine deutliche Steigerung der Lissabonfähigen Ausgaben gegenüber der Förderperiode 2000-2006 angestrebt. Nach der indikativen Aufschlüsselung für die Dimension 1 im OP (s. Kapitel 3.3, Tabelle 35) nehmen die Lissabonfähigen Ausgaben einen Wert von 79,8% ein. 2007 wurden nur Auszahlungen im Bereich der Codes 6 und 7 vorgenommen, so dass 100% der Ausgaben nach Anhang IV der Verordnung (EG) 1083/2006 den Lissabonfähigen Ausgaben zuzurechnen waren. Damit wurde der vorhergesehene Wert um 20,2 Prozentpunkte überschritten.

Im Durchführungsbericht wird über den Stand der materiellen Abwicklung des Operationellen Programms auf Basis der tatsächlich erreichten Outputs und Ergebnisse berichtet. Die Auswertung der materiellen Abwicklung erfolgt daher auf Basis der im jeweiligen Berichtsjahr abgeschlossenen Vorhaben. Vor dem Hintergrund, dass 2007 keine Projekte abgeschlossen wurden und somit keine materiellen und finanziellen Indikatoren vorliegen, können für 2007 keine Aussagen bzgl. der Wirkungen der Durchführung des OP zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen gemacht werden.

3.2 Angaben zur Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht

Im Rahmen der Projektabwicklung ergaben sich 2007 keine Probleme mit der Einhaltung des Gemeinschaftsrechts. Aufgrund der im Berichtsjahr noch laufenden Programmplanung waren bei der Vorauswahl von Projekten jedoch nicht alle Voraussetzungen laut Operationellen Programm sowie nach den Projektauswahlkriterien bekannt. Die Vorauswahl von Projekten wurde daher einer nochmaligen Prüfung unterzogen.

3.3 Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen

2007 sind keine wesentlichen Probleme gemäß Artikel 62 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 aufgetreten.

3.4 Änderungen der Durchführungsbestimmungen des Operationellen Programms

2007 wurden keine Änderungen an den Durchführungsbestimmungen des Operationellen Programms vorgenommen.

3.5 Fälle mit wesentlicher Änderung nach Art. 57

2007 wurden keine Fälle mit wesentlichen Änderungen nach Art. 57 der VO (EG) Nr. 1083/2006 festgestellt.

3.6 Komplementarität mit anderen Instrumenten

3.6.1 Europäischer Sozialfonds (ESF)

Um die Kohärenz mit anderen Strukturfonds zu gewährleisten, fanden 2007 vor der im November erfolgten Genehmigung der Operationellen Programme Abstimmungsgespräche zwischen dem Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum und dem Ministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Wirtschaftsministerium statt. Im EFRE-Begleitausschuss zur Förderperiode 2000-2006 wurde am 16.07.2007 der Sachstand und die Umsetzung besprochen.

Nachdem die Genehmigung des Operationellen Programms des ESF erst im November 2007 erfolgte, haben in diesem Jahr im Bereich des ESF noch keine Förderaktivitäten stattgefunden, die eine vertiefte Koordinierung zwischen den an der EFRE- und an der ESF-Förderung beteiligten Ressorts erfordert hätten. Die Koordinierung wird künftig durch regelmäßige Abstimmungsgespräche gewährleistet.

Entsprechend den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 (ESF-Verordnung), verfolgt der ESF in Baden-Württemberg im Sinne der Lissabon-Strategie das strategische Leitziel, durch eine konsequente Ausschöpfung des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials ein möglichst hohes Wachstum zu erreichen und auf diese Weise zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft zu stärken. Das ESF-Programm und das EFRE-Programm des Landes sind darauf ausgerichtet, sich in ihren Einsatzbereichen Ziel führend zu ergänzen. Auch in der Förderperiode 2007-2013 ergeben sich Synergieeffekte zwischen beiden Programmen, Doppelförderungen sind aber ausgeschlossen.

Im Falle inhaltlicher Überschneidungen bestimmen grundsätzlich die für die jeweiligen Förderinstrumente im Rahmen des ESF-Programms und des EFRE-Programms zuständigen Behörden die Kriterien der Abgrenzung zwischen Vorhaben, die sowohl im Rahmen des EFRE als auch im Rahmen des ESF unterstützt werden könnten. Auf der Grundlage des EFRE werden zinsverbilligte Darlehen für Gründungen gewährt. Der EFRE fördert dabei keine Maßnahmen zur Entwicklung der Humanressourcen.

Im Sinne einer engen und arbeitsteiligen Verzahnung der EU-Strukturfonds ist vorgesehen, dass im Einzelfall von den Städten (städtische Dimension) bzw. von den Landkreisen (ländliche Dimension) flankierende sozial- und qualifikationspolitisch erforderliche Maßnahmen auf der Grundlage der ESF-Förderangebote angegangen werden können. So wird im Rahmen der integrierten Entwicklungskonzepte in den städtischen Fördergebieten versucht, Maßnahmen, die die Integration von sozial benachteiligten Problemgruppen wie sozial benachteiligte Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Migranten u. Ä. in den Arbeitsmarkt unterstützen, über flankierende Maßnahmen im Rahmen der ESF-Programmlinien darzustellen

3.6.2 Entwicklung des ländlichen Raums durch den europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) wie auch der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sind bedeutende Instrumente der Europäischen Kommission zur Förderung der territorialen Kohäsion. Aufgrund ihrer inhaltlichen und räumlichen Ausrichtung können Synergieeffekte entstehen, die eine integrierte und polyzentrisch orientierte, ländliche und städtische Entwicklung unterstützen. Wie in Kapitel 4.5.2 des Operationellen Programms dargestellt, sind die ELER-Förderung im Rahmen des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2007 bis 2013 (MEPL II) und die EFRE-Förderung darauf ausgerichtet, sich im ländlichen Raum gegenseitig zu ergänzen.

Um die Synergieeffekte der beiden Fonds nutzen zu können, fanden während der Programmherstellung Abstimmungsgespräche zwischen den beiden Verwaltungsbehörden innerhalb des Ministeriums für Ernährung und Ländlicher Raum statt. Im Rahmen der Gespräche wurde eine sinnvolle thematische und verwaltungstechnische Abgrenzung zwischen den beiden Programmen hergestellt, die einerseits eine Doppelfinanzierung aus beiden Fonds ausschließt und andererseits die beiden Programme thematisch zu einem schlüssigen Gesamtkonzept für den ländlichen Raum verbindet. Die Koordinierung in diesem Sinne wird über den gesamten Förderzeitraum fortgesetzt.

Um Doppelförderungen zu vermeiden, wurden klare Abgrenzungskriterien festgelegt (s. Tabelle 42 des OP). 2007 wurden folgende Maßnahmen zur Abgrenzung der Programme umgesetzt:

- Anwendung der etablierten Verwaltungsverfahren zum Ausschluss von Doppelförderungen im Bereich des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum
- Information der beteiligten Stellen, insbesondere der Geschäftsstellen der LEADER-Aktionsgruppen, bzgl. möglicher Überschneidungen. Im Bereich Holzwirtschaft wurden die Geschäftsstellen darauf hingewiesen, dass bis zur Fertigstellung der relevanten, durch EFRE kofinanzierten Förderrichtlinie keine Förderung entsprechender Projekte erfolgen kann.
- Festschreibung von Ausschlusskriterien in der Richtlinie des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum zur Förderung von innovativen Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum (IMF - RL).

3.6.3 Europäischer Fischereifonds (EFF)

Das Operationelle Programm Europäischer Fischereifonds (EFF) Förderperiode 2007 – 2013 Bundesrepublik Deutschland wurde von der Kommission am 17.12.2007 genehmigt. Es weist auf die Fördermöglichkeit über den EFRE für Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen hin. Weitere Maßnahmen zur Gewährleistung der Kohärenz erfolgen in 2008 und können daher erst im Durchführungsbericht 2008 dargestellt werden. Bewilligungen im Rahmen des EFF sind erst 2008 möglich.

3.6.4 Europäische territoriale Zusammenarbeit

Zur Umsetzung des Programms der interregionalen Zusammenarbeit (INTERREG IVC) der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (Ziel 3) wurde Ende 2007 der erste Aufruf zur Einreichung von Projekten gestartet. Zur Vorbereitung der Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ des INTERREG IVC-Programms wurde im Jahr 2007 mit dem INTERREG IIIC - Projekt CLOE (Clusters Linked Over Europe) (Leadpartner aus Baden-Württemberg) der sogenannte Fast-Track-Probelauf durchgeführt.

Wie in Kapitel 4.5.4 des Operationellen Programms dargestellt, bestehen zwischen den inhaltlichen Ausrichtungen der Operationellen Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit und dem Operationellen Programm RWB-EFRE Übereinstimmungen, die möglicherweise die Nutzung von Synergieeffekten zulassen. Um die Kohärenz zu gewährleisten, fanden 2007 Abstimmungsgespräche zwischen dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, dem Wirtschaftsministerium und dem Staatsministerium statt.

3.6.5 7. Forschungsrahmenprogramm

Von den im Rahmen des Maßnahmenbereichs 1-2 „Forschung und Wissenstransfer“ des Operationellen Programms eingesetzten EFRE-Mitteln zielen erhebliche Teile auf die Stärkung der Forschungsinfrastruktur einschließlich Vernetzung (inkl. Verbundprojekte zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen) ab. Leistungsfähige Forschungseinrichtungen und ein hoher Kooperationsgrad zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen, vor allem KMU, sind wichtige Voraussetzungen auch für eine erfolgreiche Bewerbung um Mittel des 7. Forschungsrahmenprogramms. Netzwerke und Verbundprojekte auf regionaler bzw. landesweiter Ebene bilden Keimzellen für ein weiteres Engagement der Partner auf europäischer Ebene, z.B. im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms.

Im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK) wurde bei der Auswahl möglicher, aus dem EFRE förderfähiger Zentren für Angewandte Forschung an Fachhochschulen (ZAFH) eine Doppelförderung bei der Antragsprüfung und -genehmigung ausgeschlossen. Das Verbot der Doppelförderung ergibt sich auch aus dem Gemeinnützigkeitsrecht und dem Landeshaushaltsrecht, das bei künftigen Ausschreibungen explizit in die Richtlinie aufgenommen wird. Nach Auslauf der EFRE-Förderung oder soweit ZAFH-Projekte nicht durch EFRE kofinanziert werden, ist eine Antragsstellung im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms hingegen durchaus gewünscht. Antragstellende erhalten Beratung durch die nationalen Kontaktstellen. Weitere Informationen hierzu befinden sich auf <http://www.forschungsrahmenprogramm.de>.

Um die Kohärenz zu gewährleisten, fanden 2007 Abstimmungsgespräche zwischen dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, dem Wirtschaftsministerium, dem Umweltministerium sowie dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst statt.

3.7 Vorkehrungen zur Begleitung

3.7.1 Begleitausschuss

Gemäß Artikel 63 Abs. 1 ist innerhalb von drei Monaten nach Genehmigung des Operationellen Programms ein Begleitausschuss einzusetzen. Aufgrund der späten Genehmigung des Operationellen Programms am 08.11.2007 wurde der Begleitausschuss nicht mehr im Berichtsjahr, sondern am 01.02.2008 konstituiert. Über die Vorkehrungen zur Begleitung im Rahmen des Begleitausschusses wird daher im Durchführungsbericht 2008 näher berichtet.

3.7.2 Partnerschaft im Rahmen des Schwerpunktes „Nachhaltige Stadt- und Kommunalentwicklung“

Nachhaltige Stadtentwicklung

2006 erfolgte die Auswahl der im Rahmen des OP geförderten vier Oberzentren. Dabei wurden die Städte durch das Wirtschaftsministerium auf der Grundlage sozioökonomischer Indikatoren aus der Reihe der ausgewiesenen Oberzentren des Landes ausgewählt. Im Anschluss daran führte das Wirtschaftsministerium 2007 intensive Gespräche mit den Städten Mannheim, Pforzheim, Heilbronn und Villingen-Schwenningen zum Stand des OP, dem Rahmen der Fördermöglichkeiten, den Projektvorstellungen der Städte sowie den Erwartungen des Landes und der EU hinsichtlich der integrierten Stadtentwicklungskonzepte sowie der Berücksichtigung der Lissabon- und Göteborgstrategie im Rahmen der einzelnen Vorhaben.

Ebenso wurde zu Beginn des Jahres 2007 seitens des Wirtschaftsministeriums mit der Stadt Stuttgart aufgrund deren EU-Erfahrung über eine Rolle als Vermittler und Einnahme einer möglichen Mentorenfunktion für die vier Förderstädte gesprochen. Die Stadt Stuttgart wurde über das OP (damaliger Stand) und die Förderstrategie des Wirtschaftsministeriums informiert, insbesondere im Hinblick auf eine Beteiligung der Stadt Stuttgart in Verbindung mit der WRS Stuttgart als Partner im Rahmen der nicht durch die städtische Kulisse begrenzten Maßnahmenbereiche einer Förderung. Die Stadt Mannheim war in der vergangenen Förderperiode 2000-2006 die einzige Stadt in Baden-Württemberg, welche durch Ziel 2 gefördert wurde. Daher hat sich die Stadt Mannheim bereit erklärt, im Rahmen eines Städtenetzwerks das vorhandene Know-How an die weiteren drei für 2007-2013 ausgewählten Oberzentren weiterzugeben. So fand bereits im Dezember 2006 ein erstes Treffen der Städte unter Beteiligung des Wirtschaftsministeriums und der zuständigen Regierungspräsidien in Mannheim statt. Den Teilnehmern wurde die Herangehensweise Mannheims bei der Initiierung von Projekten in der Ziel-2 Förderperiode vorgestellt und beispielhaft anhand des Technologiezentrums die Förderung eines Projektes von der Antragstellung über die Mittelabrufe bis zum Schlussverwendungsnachweis erläutert.

Zur Vorbereitung der im Rahmen der integrierten Stadtentwicklungskonzepte geplanten Vorhaben wurden von den vier Städten Gespräche mit den relevanten lokalen Akteuren (z.B. IHKs, Handwerkskammern, Fachhochschulen etc.) geführt. Weiterhin wurden die lokalen Gemeinderäte und Fachämter über die EFRE-Förderung informiert und, z.B. im Rahmen von EFRE-Projektgruppen und -beiräten, in die Umsetzung der EFRE-Förderung mit einbezogen.

Innovative Kommunalentwicklung – EU-Leuchtturmprojekte

Auf der Basis der Stärken-Schwächen Analyse zum ländlichen Raum wurde im Jahr 2007 das Modellprojekt zur innovativen Kommunalentwicklung EU-LEuchtturmprojekte (EULE) konzipiert. Mit den beteiligten Ressorts wurde in einem Erfahrungsaustausch über die Fördermöglichkeiten im Modellprojekt EULE und der Abgrenzung zu anderen Förderprogrammen, insbesondere im Klimaschutzbereich, gesprochen. Das Verfahren zur Durchführung des Modellvorhabens wurde festgelegt. Das Modellprojekt EULE wird als Wettbewerb um die besten und innovativsten kommunalen Entwicklungskonzeptionen ausgeschrieben. Das Auswahlverfahren im Wettbewerb verläuft hierbei in mehreren Schritten. Das Modellprojekt EULE wird von einem Projektbeirat begleitet. Dieser setzt sich zusammen aus den beteiligten Ressorts, den kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Mitgliedern aus Umwelt und Wirtschaft. Der Projektbeirat wählt aus den eingereichten Konzeptionen, diejenigen aus, die zur Weiterentwicklung bzw. zur Umsetzung in EU-Leuchtturmprojekten vorgeschlagen werden. Das Modellprojekt wird wissenschaftlich begleitet und die gewonnenen Kenntnisse systematisch ausgewertet.

Bei der Auftaktveranstaltung zum Strukturförderprogramm 2007-2013 in Donaueschingen-Aasen am 28.11.2007 stellte Minister Peter Hauck das Modellprojekt EULE erstmals den Wirtschafts- Sozial- und Umweltpartnern sowie Vertretern der Kommunalverwaltungen vor. Er unterstrich hierbei die Modellhaftigkeit des Vorhabens und seine Bedeutung für den ländlichen Raum.

3.7.3 Modalitäten der Begleitung

Die Begleitung des Programms anhand materieller und finanzieller Indikatoren vorgenommen. Bei der Auswahl der Indikatoren wurde insbesondere Wert auf die Handhabbarkeit des Indikatorensystems sowie die Aussagekraft und die Quantifizierbarkeit der Indikatoren gelegt. Die Zielvorgaben der materiellen und finanziellen Indikatoren sowie der Sachstand der bereits verfügbaren finanziellen Indikatoren für 2007 sind in den Kapiteln 3 und 4 des Durchführungsberichts dargestellt. Die Output- und Ergebnisindikatoren werden anhand von Indikatorenformularen für jedes Projekt im Rahmen des Bewilligungsverfahrens bzw. nach Projektabschluss unter Einbeziehung von Plausibilitäts- und Stichprobenprüfungen erhoben. In Fällen, in denen eine Erhebung über die Projektträger nicht oder nur schwer möglich ist, kommen geeignete Modellberechnungen, ggf. nur im Rahmen von Bewertungen, zum Einsatz.

2007 wurde das elektronische Dokumentationssystem für die EU-Strukturförderung nach Ziel 2 im Zeitraum 2000-2006 weiterentwickelt, so dass es den Bestimmungen für das Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (EFRE) Rechnung trägt. In 2008 sollen die Arbeiten dazu abgeschlossen werden.

3.7.4 Programmbewertung

Bewertungen werden vor, während und nach dem Programmzeitraum durchgeführt, um die Qualität, Effizienz und Kohärenz der Intervention des EFRE beurteilen und steigern zu können und um die Strategie sowie die Durchführung des OP zu verbessern.

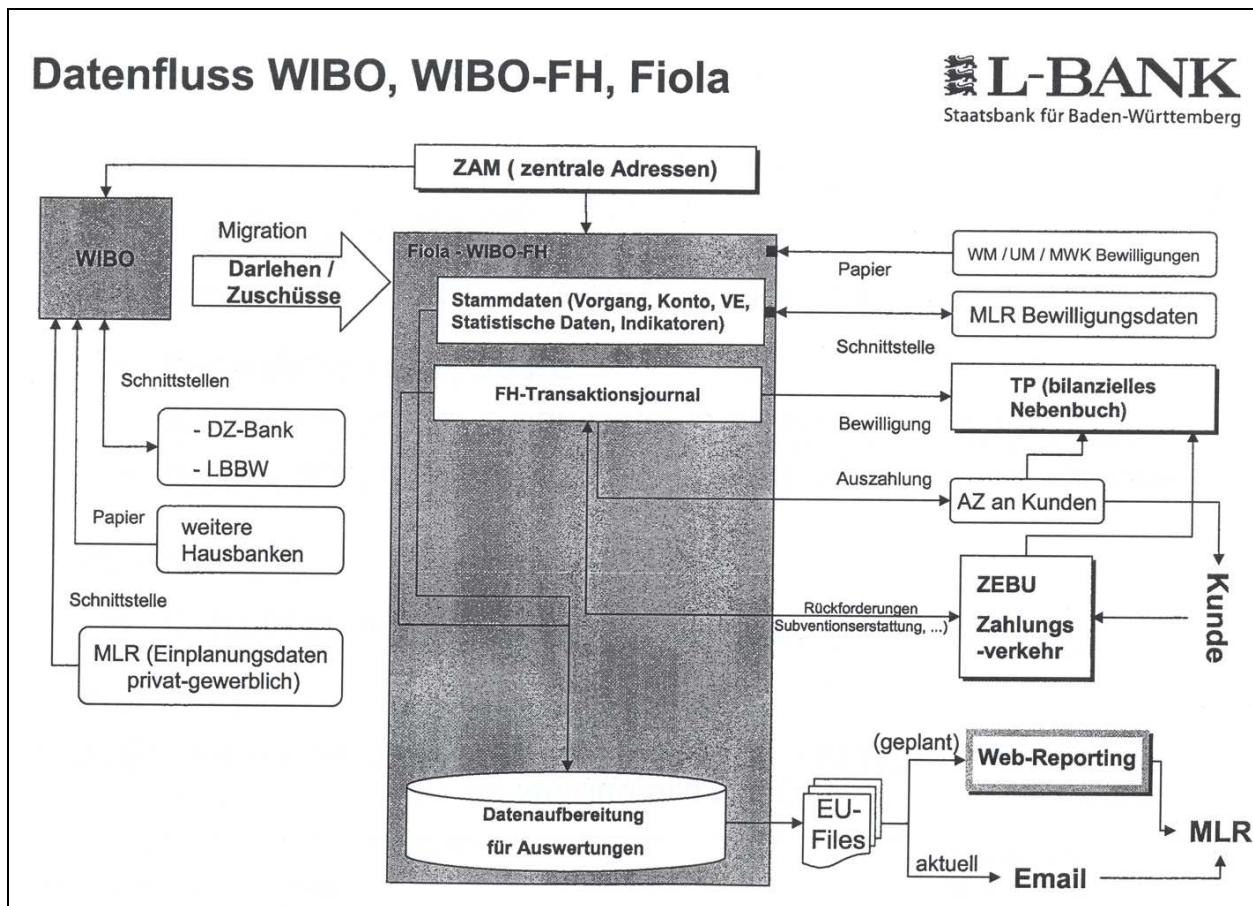
Im Rahmen der Programmerstellung wurden zur Gewährleistung eines möglichst optimalen Ressourceneinsatzes und zur Verbesserung der Qualität der Programmplanung eine Ex-ante-Bewertung sowie zur Darstellung der zu erwartenden maßgeblichen Umweltfolgen durch die Umsetzung des Programms eine strategische Umweltprüfung (SUP) durchgeführt. Diese wurden unter der Verantwortung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg in 2006 ausgeschrieben und vom „Institut für südwestdeutsche Wirtschaftsforschung (ISW)“ bis Februar 2007 durchgeführt. Eine Zusammenfassung der Ex-ante-Bewertung sowie der Strategischen Umweltprüfung sind in Kapitel 3.6 und 3.7 des OP dargestellt, vollständige Fassungen können unter www.rwb-efre.baden-wuerttemberg.de heruntergeladen werden.

Während des Programmplanungszeitraums sind weitere Bewertungen vorgesehen, insbesondere, wenn die Begleitung signifikante Abweichungen von den ursprünglichen Zielen zeigt oder wenn Vorschläge für eine Programmüberarbeitung gemäß Artikel 33 der Verordnung (EG) 1083/2006 gemacht werden sollen. Eine begleitende Bewertung des Operationellen Programms ist ab dem Jahr 2009 vorgesehen. Im Rahmen der Bewertungen werden auch die Umweltrelevanz (z.B. Klimawandel) sowie der europäische Mehrwert des Operationellen Programms berücksichtigt. Grundlage für die Bewertungen ist das zuvor beschriebene Dokumentationssystem.

3.7.5 Modalitäten der Datenerfassung

Sämtliche Daten zu den Einzelvorhaben werden in einer zentralen Datenbank bei der L-Bank erfasst. Dies umfasst Bewilligungsdaten, Daten zu Auszahlungen, Wiedereinzahlungen sowie statistische Daten (Indikatoren). In nachfolgender Abbildung ist das Datenbankmodell vereinfacht dargestellt.

Abbildung 3: Datenbankmodell der L-Bank



Die Dateneingaben werden, soweit möglich, vom System plausibilisiert. Für die Bearbeitung sind je nach Förderprogramm in dem workflow-basierten System unterschiedliche Arbeitsschritte zu durchlaufen. Für die Antragsprüfung werden je nach Programm unterschiedliche zu prüfende Punkte hinterlegt (Checkliste). Standardisierte Dokumente wie Zuwendungsbescheide, Verwendungsnachweisprüfvermerke sind im System hinterlegt und werden zu den einzelnen Arbeitsschritten zugesteuert.

3.7.6 Elektronischer Datenaustausch

Basierend auf Abschnitt 7 der VO (EG) 1828/2006 erfolgt der elektronische Datenaustausch über ein von der Europäischen Kommission geschaffenes computergestütztes System, das den sicheren Datenaustausch aller Daten im Zusammenhang mit dem Operationellen Programm zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten ermöglicht.

Das dafür eingerichtete System "SFC2007" (System for Fund Management in the European Community 2007-2013) dient insgesamt fünf Generaldirektionen der Europäischen Kommission (Regionalpolitik, Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Maritime Angelegenheiten und Fischerei sowie Datenverarbeitung) als Kommunikationswerkzeug und dem papierlosen elektronischen Austausch von Dokumenten.

4 Durchführung nach Prioritätsachsen (Schwerpunkte)

4.1 Schwerpunkt 1 - Innovation, wissensbasierte Wirtschaft und Cluster

4.1.1 Materielle und finanzielle Fortschritte des Schwerpunkts 1

Nachfolgend werden die auf Basis des für das Operationelle Programm eingerichteten Begleitsystems (s. Kapitel 6.2.3 des OP) ermittelten materiellen und finanziellen Fortschritte für das Jahr 2007 auf Ebene des Schwerpunkts 1 dargestellt. Des weiteren werden die Zielwerte der Indikatoren auf Jahreswerte für die Jahre 2007-2015 heruntergebrochen, um signifikante Abweichungen von den Programmzielen frühzeitig erkennen zu können.

Tabelle 19: Gesamtübersicht über den Stand der materiellen Abwicklung des Schwerpunkts 1

Output-Indikatoren		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Insgesamt
Zahl der Infrastrukturvorhaben	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	0	1	1	1	0	0	3
	Ausgangswert	0									0
Zahl der Vorhaben von Direktinvestitionsbeihilfen für KMU	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	59	470	304	245	192	220	340	1.830
	Ausgangswert	0									0
Zahl der Vorhaben von Direktinvestitionsbeihilfen für KMU-Neugründungen	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	20	150	70	42	15	28	0	325
	Ausgangswert (1)	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250
Zahl der FTE-Vorhaben	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	10	13	13	60	13	11	120
	Ausgangswert	0									0
Zahl der FTE-Vorhaben - Kooperationsprojekte	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	5	7	7	29	7	5	60
	Ausgangswert	0									0
Zahl der Vorhaben mit Bezug zu umweltfreundlichen Produkten bzw. Produktionsverfahren	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	7	60	39	31	26	29	38	230
	Ausgangswert	0									0
Fläche der geförderten Reaktivierung - Grundfläche (m ²)	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	3.500	28.000	13.000	7.500	3.000	5.000	0	60.000
	Ausgangswert	0									0

Die angegebenen Indikatoren-Werte (Ergebnis, Zielvorgabe) über die materielle Abwicklung des Programms nehmen ausschließlich auf abgeschlossene Projekte Bezug.

Fortsetzung Tabelle19

Ergebnis-Indikatoren		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Insgesamt
Investitionsvolumen der Direktinvestitionsbeihilfen für KMU (Mio. €)	Ergebnis	0,00									0,00
	Zielvorgabe	0,00	0,00	34,10	236,90	190,30	175,70	162,70	170,00	300,30	1.270,00
	Ausgangswert	0,00									0,00
Finanzvolumen der FTE-Vorhaben (Mio. €)	Ergebnis	0									0,00
	Zielvorgabe	0			1,90	4,00	4,00	27,10	3,00	2,00	42,00
	Ausgangswert	0									0
Zahl der erfolgreich abgeschlossenen FTE-Vorhaben	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	6	8	8	44	7	7	80
	Ausgangswert	0									0
Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze gesamt	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	250	1.380	810	610	430	520	700	4.700
	Ausgangswert (2)	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971
Zahl der gesicherten Arbeitsplätze gesamt	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	1.000	9.550	7.650	6.900	6.300	6.600	11.500	49.500
	Ausgangswert (2)	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971

(1) Zahl der Existenzgründungen 2004

(2) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2004

Die angegebenen Indikatoren-Werte (Ergebnis, Zielvorgabe) über die materielle Abwicklung des Programms nehmen ausschließlich auf abgeschlossene Projekte Bezug.

4.1.2 Qualitative Analyse

Im Rahmen des Schwerpunkts 1 des Operationellen Programms wurden 2007 insgesamt 19 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 3,48 Mio. € bewilligt. Weitergehende Analysen sind auf der Basis von Ergebnis-Indikatoren noch nicht möglich, da noch keine Projekte abgeschlossen sind. Entsprechende Auswertungen sind aus heutiger Sicht für den Jahresbericht 2008 geplant. Zur Sicherstellung einer programmgemäßen Umsetzung des Schwerpunkts 1 wurden von den beteiligten Ressorts insbesondere vorbereitende Maßnahmen unternommen, die nachfolgend näher erläutert werden:

Maßnahmenbereich 1-1 Netzwerke und Cluster

Eine wesentliche Aufgabe der Clusterpolitik ist es, Wissen, Menschen und Kapital in Zukunftsfeldern der wirtschaftlichen Nutzung zusammenzubringen, um vorhandene Potenziale besser erschließen zu können. Mit dem Auf- und Ausbau neuer Kompetenznetze soll gezielt die Entwicklung zusätzlicher Clusterpotenziale und Synergien in strategisch wichtigen Bereichen mit prognostizierten hohen Wertschöpfungspotenzialen vorangetrieben werden. 2007 wurde der „Cluster-Dialog Baden-Württemberg“ eingeleitet. Unter Leitung des Wirtschaftsministeriums werden regelmäßig Gesprächsrunden zum Erfahrungsaustausch (z.B. zu Clustermanagement) mit landesweit tätigen Netzwerk- und Clusterorganisationen sowie den Kammern, den Wirtschaftsfördereinrichtungen auf regionaler Ebene und unterstützenden Organisationen (z.B. Baden-Württemberg International, Steinbeis-Europazentrum u.a.) durchgeführt. Weitere Elemente des Ausbaus einer dialogorientierten Clusterpolitik sind:

- Unterstützung einer Cluster-Kultur der Kooperation und Vernetzung
- Einrichtung eines Clustermonitorings durch Erstellung einer Cluster-Landkarte
- Entwicklung einer Clusterstrategie
- Internationalisierung der Cluster in Baden-Württemberg
- Unterstützung von Antragstellern im BMBF Spitzencluster-Wettbewerb

Auf Grundlage der genannten vorbereitenden Maßnahmen 2007 zur Mobilisierung von Clusteraktivitäten und der Erkenntnisse aus den Beratungen zur Erstellung eines Clusteratlas und einer Clusterstrategiestudie ist für 2008 der weitere zielgerichtete Auf- und Ausbau von strategischen Clusterpotenzialen und Cluster-Initiativen im Land bzw. den Regionen unter Verwendung von EFRE-Mitteln vorgesehen. Dazu soll auch ein Wettbewerb zur Aktivierung regionaler Clusterpotenziale durchgeführt werden.

2007 wurden zudem die grundsätzlichen Voraussetzungen zur Veröffentlichung der im Rahmen des Maßnahmenbereichs zum Einsatz kommenden Richtlinien „Förderung der wirtschaftlichen Infrastruktur, Forschungsinfrastruktur und Clusterbildung“ und „Cluster Forst und Holz“ geschaffen. Die Richtlinien sollen in 2008 veröffentlicht und erste Vorhaben bewilligt werden.

Maßnahmenbereich 1-2 Forschung und Wissenstransfer

Zur Umsetzung des Maßnahmenbereichs wurde 2007 eine Erhebung zum Sonderinvestitionsbedarf bei außeruniversitären Forschungseinrichtungen durchgeführt, mit dem Ziel, daraus die Investitionsvorhaben herauszukristallisieren, die sich aufgrund ihrer strategischen Zielsetzung in besonderem Maße für eine EFRE-Förderung eignen und bei denen die entsprechende Kofinanzierung sichergestellt werden kann.

Weiterhin wurden bereits 2006 „Zentren für Angewandte Forschung an Fachhochschulen“ (ZAFH) ausgeschrieben. Nach insgesamt 2 Auswahlrunden erfolgte 2007 die grundsätzliche Genehmigung von insgesamt 4 ZAFH durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Erst nach endgültiger OP-Genehmigung wurden am 18.01.2008 die Mittelbewilligungen in Form von Kassenanschläge über insgesamt 5,85 Mio. € erteilt. Die genehmigten ZAFH sind in Fakultäten für Informatik, Technik und Wirtschaft angesiedelt. Insgesamt 11 Verbundpartner werden hierbei durch die 4 koordinierenden Hochschulen Karlsruhe, Ulm, Pforzheim und Aalen einbezogen. Folgende ZAFH wurden ausgewählt:

- ZAFH „Center of Computational Materials Science and Engineering (CMSE)“ (FH Karlsruhe)
- ZAFH „Autonome mobile Serviceroboter“ (FH Ulm)
- ZAFH „Modellgestützte Entwurfs- und Realisierungsmuster für signalverarbeitende eingebettete Systeme (MERSES)“ (FH Pforzheim)
- ZAFH „Photonische Verfahren in neuen Dimensionen (PHOTON)“ (FH Aalen)

2007 wurden zudem die grundsätzlichen Voraussetzungen zur Veröffentlichung der im Rahmen des Maßnahmenbereichs zum Einsatz kommenden Richtlinien „Umwelttechnik“, „Förderung der wirtschaftlichen Infrastruktur, Forschungsinfrastruktur und Clusterbildung“ und „Cluster Forst und Holz“ geschaffen. Die Richtlinien sollen in 2008 veröffentlicht und erste Vorhaben bewilligt werden.

Maßnahmenbereich 1-3 Innovation in Unternehmen

2007 wurde die Richtlinie des Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum hinsichtlich der neuen Förderperiode 2007-2013 überarbeitet und am 31.07.2007 veröffentlicht. Daneben wurde mit der Entwicklung eines Prüfschemas zur Auswahl einzelbetrieblicher Vorhaben die Voraussetzungen zur Auswahl besonderes innovationsorientierter sowie umweltorientierter Vorhaben geschaffen. 2007 konnten bereits erste Projekte bewilligt werden.

Daneben wurden 2007 die notwendigen Voraussetzungen zur Umsetzung der im Rahmen des Maßnahmenbereichs zum Einsatz kommenden Richtlinie „Moderne Technologien“ geschaffen. Die Richtlinie soll in 2008 zum Einsatz kommen und erste Vorhaben bewilligt werden.

Maßnahmenbereich 1-4: Innovationsorientierte Existenzgründungen

Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum sieht Maßnahmen der Existenzgründung von innovationsorientierten Unternehmen vor. Hierbei liegt der Fokus auf Unternehmen die für die Region von struktureller Bedeutung sind und Clusterorientierung aufweisen können. 2007 wurden noch keine Vorhaben bewilligt.

Flexibilität

Die Operationellen Programme können nur aus einem spezifischen Fonds finanziert werden. Davon abweichend können mit bis zu 10% des Gemeinschaftsbeitrags für jede Prioritätsachse eines Operationellen Programms Aktionen finanziert werden, die jeweils in den Interventionsbereich des anderen Fonds fallen, sofern sie für den ordnungsgemäßen Ablauf des Vorhabens erforderlich sind und mit ihm in direktem Zusammenhang stehen. Im Rahmen des EFRE-OP Baden-Württembergs wird für den Zeitraum 2007-2013 von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht.

4.1.3 Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen

Im Berichtsjahr traten keine wesentlichen Probleme bei der Programmumsetzung auf.

4.2 *Schwerpunkt 2 - Nachhaltige Stadt- und Kommunalentwicklung*

4.2.1 Materielle und finanzielle Fortschritte des Schwerpunkts 2

Nachfolgend werden die auf Basis des für das Operationelle Programm eingerichteten Begleitsystems (s. Kapitel 6.2.3 des OP) ermittelten materiellen und finanziellen Fortschritte für das Jahr 2007 auf Ebene des Schwerpunkts 2 dargestellt. Des weiteren werden die Zielwerte der Indikatoren auf Jahreswerte für die Jahre 2007-2015 heruntergebrochen, um signifikante Abweichungen von den Programmzielen frühzeitig erkennen zu können.

Tabelle 20: Gesamtübersicht über den Stand der materiellen Abwicklung des Schwerpunkts 2

Output-Indikatoren		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Insgesamt
Zahl der Infrastrukturvorhaben	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	0	0	1	3	8	5	17
	Ausgangswert	0									0
Zahl der Vorhaben von Direktinvestitionsbeihilfen für KMU	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	3	8	8	8	10	9	19	65
	Ausgangswert	0									0
Zahl der Vorhaben von Direktinvestitionsbeihilfen für KMU-Neugründungen	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	3	8	8	8	8	8	17	60
	Ausgangswert (1)	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250	96.250
Fläche der geförderten Reaktivierung - Grundfläche (m ²)	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	400	1.300	1.300	16.000	21.000	47.000	23.000	110.000
	Ausgangswert	0									0
Fläche der geförderten Infrastrukturvorhaben - Bruttogeschossfläche (m ²)	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	0	0	0	0	11.000	0	11.000
	Ausgangswert	0									0
Fläche der geförderten Infrastrukturvorhaben - Grundfläche (m ²)	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	0	0	2.000	3.000	4.000	1.000	10.000
	Ausgangswert	0									0

Ergebnis-Indikatoren		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Insgesamt
Investitionsvolumen der Direktinvestitionsbeihilfen für KMU (Mio. €)	Ergebnis	0,00									0,00
	Zielvorgabe	0,00	0,00	1,75	4,75	4,75	4,75	8,75	6,75	13,50	45,00
	Ausgangswert	0,00									0,00
Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze gesamt	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	15	20	20	120	155	300	250	880
	Ausgangswert (2)	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971
Zahl der gesicherten Arbeitsplätze gesamt	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	50	60	70	470	570	620	260	2.100
	Ausgangswert (2)	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971
Vermiedene Menge an CO ₂ (t)	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	0	0	0	0	3.000	2.000	5.000
	Ausgangswert (3)	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000
Anzahl der Vorhaben zur nachhaltigen Entwicklung und Steigerung der Attraktivität von Städten	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	0	0	1	3	2	1	7
	Ausgangswert	0									0
Anzahl der Vorhaben zur Förderung von Unternehmen, Unternehmergeist und neuen Technologien	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	3	8	8	8	10	9	19	65
	Ausgangswert	0									0

(1) Zahl der Existenzgründungen 2004

(2) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2004

 (3) Absolute CO₂-Emissionen 2002

 Die angegebenen Indikatoren-Werte (Ergebnis, Zielvorgabe) über die materielle Abwicklung des Programms nehmen ausschließlich auf abgeschlossene Projekte Bezug.

4.2.2 Qualitative Analyse

Im Rahmen des Schwerpunkts 2 des Operationellen Programms wurden 2007 wie vorgesehen keine Projekte bewilligt. Der Beginn der Umsetzung des Schwerpunkts 2 ist für 2008 vorgesehen. Analysen auf der Basis von Ergebnis-Indikatoren werden frühestens für 2009 erwartet.

Zur Sicherstellung einer programmgemäßen Umsetzung des Schwerpunkts 2 wurden von den beteiligten Ressorts insbesondere vorbereitende Maßnahmen unternommen, die nachfolgend näher erläutert werden:

Maßnahmenbereich 2-1: Nachhaltige Stadtentwicklung

Bereits frühzeitig wurden 2007 Gespräche mit den vier Oberzentren mit der Zielrichtung, auf der Grundlage eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts auch innovationsorientierte Projekte zur Stadtentwicklung mit EU-Mitteln in den Jahren 2007 bis 2013 zu unterstützen, aufgenommen. Die Gespräche werden in 2008 fortgeführt. Durch die vier Oberzentren wurden bereits folgende konkrete Projektideen entwickelt:

Mannheim

Die Stadt Mannheim wird sich bei der Umsetzung des Maßnahmenbereichs auf drei etwa gleichwertigen Projektblöcke mit einem Investitionsvolumen von je rund 12 Mio. € konzentrieren, um die verfügbaren Fördermittel zu bündeln und so einen maximalen Nutzen zu erzielen. Die Projektblöcke wurden am 11.03.2008 vom Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung angenommen. In diesem Ausschuss sind als „sachkundige Einwohner“ auch die Wirtschafts- und Sozialpartner vertreten, die nach den EU-Vorgaben in den Entscheidungsprozess einzubeziehen sind.

Projektblock 1: Mannheim 21



Modell des Gebietes Mannheim 21 - Luftbild

Das Städtebauprojekt Mannheim 21 ist die durchgreifende Neuordnung von Bahngelände auf der Südseite des Mannheimer Hauptbahnhofs mit einer Gesamtfläche von rd. 25 ha. Der Grundstein für die Förderung des Vorhabens Mannheim 21 wurde bereits durch den Beginn der Förderung (Grunderwerb des BEV-Geländes und Planungskosten) in der „alten“ Ziel 2 Förderperiode 2000-2006 gelegt.

Projektblock 2: Zweiter Bauabschnitt MAFINEX-Technologiezentrum

Das MAFINEX-Technologiezentrum ist im Plangebiet von Mannheim 21 angesiedelt und auf die Förderung von jungen technologieorientierten Unternehmen und aller hierzu dienlicher Maßnahmen der Netzwerkbildung und des Clustermanagements ausgerichtet, was den Zielvorgaben der Lissabonstrategie und des Operationellen Programms entspricht.

Projektblock 3: Arbeitsplatzschaffende Investitionen zur weiteren Aufwertung im Stadtteil Jungbusch

Der Stadtteil Jungbusch gehörte in der vorangegangenen Förderperiode sowohl zur Fördergebietskulisse des EU-Ziel-2-Förderprogramms als auch zum Fördergebiet der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II. Auf die hier erzielten Erfolge bei der Aufwertung des Stadtteils durch die Ansiedlung des Musikparks Mannheim und der Popakademie Baden-Württemberg sowie privater Unternehmen soll durch Realisierung geeigneter Projekte im RWB-Programm aufgebaut werden. Der Standort soll Nukleus für die Ansiedlung beschäftigungswirksamer Projekte und von Unternehmen in Mannheim sein und zugleich deutliche Impulse für eine städtebauliche Verbesserung auf noch brachliegenden Grundstücken liefern.

Heilbronn

Im Rahmen des Maßnahmenbereichs ist in Heilbronn die Realisierung eines produktionsorientierten Technologieparks („Zukunftspark Heilbronn“) auf einer bereits vorhandenen Gewerbe- und Industriefläche, die die Anforderungen forschungsnaher Produktionsunternehmen im Hinblick auf Erweiterungsoptionen, Verkehrsanbindung und Umfeldqualität vollumfänglich erfüllt.

Der Zukunftspark soll sich auf produktionsorientierte High-Tech-Unternehmen mit entsprechenden Anforderungen an F&E, generellen Fertigungsbedingungen und Logistik konzentrieren und dabei gezielt Unternehmen ansiedeln, die erst seit wenigen Jahren am Markt sind und für ihr Wachstum spezifische Räumlichkeiten benötigen.

Pforzheim

Zur Umsetzung des Maßnahmenbereichs ist im Rahmen der städtischen Entwicklungskonzeption die Realisierung einer räumlichen Verbindung mehrerer selbständiger Institutionen der Kreativwirtschaft innerhalb Pforzheims („Kreativ in Pforzheim“ - Kreativmeile Pforzheim) vorgesehen. Geplant ist, die nachfolgenden Institutionen mit einer sogenannten Goldschmiedemeile zu verbinden und damit zwischen den jeweiligen Einrichtungen eine wirtschafts- und kunsthistorische Verbindung zu schaffen. Pforzheim ist seit zwei Jahrhunderten das Zentrum der deutschen Schmuckindustrie. Auf der Kreativmeile liegen (von Nord nach Süd) die „Schmuckwelten“ mit Schau-, Einkaufs- und Erlebnisflächen, rund um hochwertigen Schmuck aus zeitgenössischer Produktion, die Goldschmiedemeile in der Werderstraße, die Fußgänger auf einer Reihe von Schautafeln über die Geschichte der Schmuck- und Uhrenindustrie informiert, das Technische Museum der Schmuck- und Uhrenindustrie. Ein geplantes Kompetenzzentrum, das die Aufgabe hat, Existenzgründern, Klein- und Kleinstunternehmen sowie Studenten der Hochschule die Möglichkeit zur Betriebsgründung und -entwicklung zu bieten - in Verbindung mit den Institutionen der Kreativmeile - bilden ein Kreativcluster das mit Hilfe kontinuierlichen Netzwerksmanagements weiterentwickelt werden wird.

Die Kreativmeile wird fester Bestandteil des Stadtmarketing und erhält einen Platz im Bewusstsein der Besucherinnen und Besucher, aber auch der eigenen Bürgerschaft. 2007 wurde aufgrund der Gespräche mit den Partnern verschiedenen Projektskizzen erstellt, diskutiert und überarbeitet und mögliche Standorte und Objekte geprüft. Für 2008 ist die Durchführung einer Bedarfs- und Standortsanalyse geplant.

Villingen-Schwenningen

Zur Umsetzung der städtischen Entwicklungsstrategie Villingen-Schwenningens im Rahmen des Maßnahmenbereichs ist die Realisierung folgender Vorhaben vorgesehen:

Hightech-Atrium Villingen-Schwenningen:

Auf einer verkehrstechnisch günstig gelegenen Brachfläche soll ein Zentrum für Bildung, Forschung und Gründung entstehen. Somit kann sowohl eine Stärkung der Hochschulentwicklung in der Stadt - als auch eine sinnvolle Verknüpfung mit der Existenzgründung und Forschung erreicht werden. Durch die unmittelbare Präsenz von Hightech-Gründern sollen neben Gründern, Unternehmern, Ausbildern und Forschern vor allem auch Studenten für Entrepreneurship begeistert werden und dazu angeregt werden, sich mit einer Unternehmensgründung in Schwenningen im Hightech-Atrium zu beschäftigen.

Seed-Capital-Fonds

Die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg verfügt über eine sehr niedrige Gründungsaktivität, die sich insbesondere auf die im Vergleich zum Dienstleistungsbereich kapitalintensiveren Neu- und Ausgründungen aus der Industrie konzentriert. Die damit verbundene „Finanzierungslücke“ soll mit dem Aufbau eines über EFRE kofinanzierten Seed-Capital-Fonds für Villingen-Schwenningen geschlossen werden.

Maßnahmenbereich 2-2: Innovative Kommunalentwicklung – EU-Leuchtturmprojekte

Im Jahr 2007 wurden die administrativen Vorbereitungen zur Umsetzung des Modellprojekts EULE getroffen. Das Modellprojekt wurde so konzipiert, das die großen Herausforderungen, denen sich der ländliche Raum in Zukunft gegenüber gestellt sieht, behandelt werden und neue Lösungsansätze hierzu entwickelt werden sollen. Die erforderlichen Haushaltsmittel wurden beantragt und die rechtlichen Grundlagen zur Förderung definiert.

Außerdem wurde beschlossen, für die Mitwirkung bei der Umsetzung des Modellprojekts eine zusätzliche Fachkraft anzufordern. Diese Stelle soll, im Wege der Abordnung, zunächst für ein Jahr besetzt werden. Wegen guter vor Ort Kenntnisse und Erfahrungen in komplexen Verhandlungen erschien für diese Aufgabe für Personen aus der Vermessungsverwaltung geeignet. Die Sachbearbeiterstelle wurde im November 2007 ausgeschrieben und Gespräche mit mehreren Bewerbern geführt.

Für den Internetauftritt des Modellprojekts EULE wurde eine eigene Internetdomäne reserviert: www.EULE-bw.eu. Von Mitarbeitern des MLR wurden 3 Entwürfe zu einem Logo zu EULE eingereicht. Unter diesen Entwürfen wird das unverwechselbare Wiedererkennungsmerkmal zu EULE ausgewählt.

Flexibilität

Die Operationellen Programme können nur aus einem spezifischen Fonds finanziert werden. Davon abweichend können mit bis zu 10% des Gemeinschaftsbeitrags für jede Prioritätsachse eines Operationellen Programms Aktionen finanziert werden, die jeweils in den Interventionsbereich des anderen Fonds fallen, sofern sie für den ordnungsgemäßen Ablauf des Vorhabens erforderlich sind und mit ihm in direktem Zusammenhang stehen. Im Rahmen des EFRE-OP Baden-Württembergs wird für den Zeitraum 2007-2013 von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht.

4.2.3 Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen

Im Berichtsjahr traten keine wesentlichen Probleme bei der Programmumsetzung auf.

4.3 Schwerpunkt 3 - Ressourcenschutz und Risikovermeidung

4.3.1 Materielle und finanzielle Fortschritte des Schwerpunkts 3

Nachfolgend werden die auf Basis des für das Operationelle Programm eingerichteten Begleitsystems (s. Kapitel 6.2.3 des OP) ermittelten materiellen und finanziellen Fortschritte für das Jahr 2007 auf Ebene des Schwerpunkts 3 dargestellt. Des Weiteren werden die Zielwerte der Indikatoren auf Jahreswerte für die Jahre 2007-2015 heruntergebrochen, um signifikante Abweichungen von den Programmzielen frühzeitig erkennen zu können.

Tabelle 21: Gesamtübersicht über den Stand der materiellen Abwicklung des Schwerpunkts 3

Output-Indikatoren		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Insgesamt
Zahl der Infrastrukturvorhaben	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	4	19	32	31	50	48	35	51	270
	Ausgangswert	0									0
Zahl der Vorhaben von Direktinvestitionsbeihilfen für KMU	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	1	27	150	98	89	74	76	100	615
	Ausgangswert	0									0
Zahl der Vorhaben mit Bezug zu umweltfreundlichen Produkten bzw. Produktionsverfahren	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	27	150	99	89	74	76	100	615
	Ausgangswert	0									0
Fläche der geförderten Reaktivierung - Grundfläche (m ²)	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	3.000	23.000	11.000	7.000	2.000	4.000	0	50.000
	Ausgangswert	0									0

Die angegebenen Indikatoren-Werte (Ergebnis, Zielvorgabe) über die materielle Abwicklung des Programms nehmen ausschließlich auf abgeschlossene Projekte Bezug.

Fortsetzung Tabelle 21

Ergebnis-Indikatoren		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Insgesamt
Investitionsvolumen der Direktinvestitionsbeihilfen für KMU (Mio. €)	Ergebnis	0,00									0,00
	Zielvorgabe	0,00	0,20	12,00	79,10	49,20	43,50	34,20	36,10	43,70	298,00
	Ausgangswert	0,00									0,00
Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze gesamt	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	55	440	225	180	110	130	80	1.220
	Ausgangswert (2)	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971
Zahl der gesicherten Arbeitsplätze gesamt	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	250	2.030	1.020	760	450	565	325	5.400
	Ausgangswert (2)	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971	3.737.971
Vermiedene Menge an CO2 (t)	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	3.300	22.500	35.500	34.600	56.900	56.800	41.000	57.400	308.000
	Ausgangswert (3)	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000	76.549.000
Zusätzliche Kapazität erneuerbarer Energien (MW)	Ergebnis	0,0									0
	Zielvorgabe	0,0	0,6	3,1	4,7	4,7	7,0	7,0	5,3	7,8	40
	Ausgangswert (4)	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000	14.290.000
Begünstigte von Vorhaben zum Hochwasserschutz	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	0	0	3.200	4.300	7.500	0	15.000
	Ausgangswert	0									0
durch Hochwasserschutzmaßnahmen geschützte Fläche (m ²)	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	0	0	660.000	520.000	820.000	0	2.000.000
	Ausgangswert	0									0
Zahl der Anlagen mit weitergehender Reinigungstechnologie	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	0	0	1	1	1	0	3
	Ausgangswert	0									0
Zahl der zusammengeschlossenen Kläranlagen	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	10	0	0	0	0	0	10
	Ausgangswert (5)	605	605	605	605	605	605	605	605	605	605
Zahl der Anlagen mit innovativen Energiekonzepten	Ergebnis	0									0
	Zielvorgabe	0	0	0	0	0	1	1	1	0	3
	Ausgangswert	0									0

(2) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2004

(4) Nutzung erneuerbarer Energieträger 2002

(3) Absolute CO2-Emissionen 2002

(5) Anzahl der vorhandenen Kläranlagen bis 5.000 EW in BaWü 2004

Die angegebenen Indikatoren-Werte (Ergebnis, Zielvorgabe) über die materielle Abwicklung des Programms nehmen ausschließlich auf abgeschlossene Projekte Bezug.

4.3.2 Qualitative Analyse

Im Rahmen des Schwerpunkts 3 des Operationellen Programms wurden 2007 insgesamt 9 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 1,03 Mio. € bewilligt. Weitergehende Analysen sind auf der Basis von Ergebnis-Indikatoren noch nicht möglich, da noch keine Projekte abgeschlossen sind. Entsprechende Auswertungen sind aus heutiger Sicht für den Jahresbericht 2008 geplant. Zur Sicherstellung einer programmgemäßen Umsetzung des Schwerpunkts 3 wurden von den beteiligten Ressorts insbesondere vorbereitende Maßnahmen unternommen, die nachfolgend näher erläutert werden:

Maßnahmenbereich 3-1 Ressourcenschutz

Die überarbeitete und am 31.07.2007 veröffentlichte Richtlinie Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum betont den Ressourcenschutz durch die Reaktivierung von Flächen, Baulückenschluss und den schonenden Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen. 2007 konnten bereits erste Projekte bewilligt werden.

Die im Rahmen des Maßnahmenbereichs zum Einsatz kommende Richtlinie „Heizen und Wärmenetze mit regenerativen Energien“ wurde 2007 entwickelt und am 24.09.2007 veröffentlicht. Die ersten Projekte wurden im März 2008 genehmigt.

Die Förderung der Abwassermaßnahmen erfolgt auf Basis der bestehenden Förderrichtlinien Wasserwirtschaft 2005 des Umweltministeriums, die im Gemeinsamen Amtsblatt vom 24. Januar 2005 veröffentlicht wurden, sowie aufgrund der „Grundsätze der Mittelvergabe aus der Abwasserabgabe“ vom 01.08.2007. Die Vorbereitungen zur Umsetzung der Förderung wurden 2007 begonnen, erste Bewilligungen werden im Jahr 2008 erfolgen.

2007 wurden zudem die grundsätzlichen Voraussetzungen zur Umsetzung der im Rahmen des Maßnahmenbereichs zum Einsatz kommenden Programme „Umweltschutz- und Energiesparförderprogramm“ sowie „Demonstrationsvorhaben der rationellen Energieanwendung und der Nutzung erneuerbarer Energieträger“ geschaffen. Beide Programme werden in 2008 zum Einsatz kommen und erste Vorhaben bewilligt.

Maßnahmenbereich 3-2: Risikovermeidung

Die Förderung der Hochwasserschutzmaßnahmen erfolgt aufgrund der bestehenden Förderrichtlinien Wasserwirtschaft 2005 des Umweltministeriums, die im Gemeinsamen Amtsblatt vom 24. Januar 2005 veröffentlicht wurden. Die Vorbereitungen zur Umsetzung der Förderung wurden 2007 begonnen, erste Bewilligungen werden im Jahr 2008 erfolgen.

Flexibilität

Die Operationellen Programme können nur aus einem spezifischen Fonds finanziert werden. Davon abweichend können mit bis zu 10% des Gemeinschaftsbeitrags für jede Prioritätsachse eines Operationellen Programms Aktionen finanziert werden, die jeweils in den Interventionsbereich des anderen Fonds fallen, sofern sie für den ordnungsgemäßen Ablauf des Vorhabens erforderlich sind und mit ihm in direktem Zusammenhang stehen. Im Rahmen des EFRE-OP Baden-Württembergs wird für den Zeitraum 2007-2013 von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht.

4.3.3 Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen

Im Berichtsjahr traten keine wesentlichen Probleme bei der Programmumsetzung auf.

5 Großprojekte

Über den EFRE können im Rahmen eines OP Ausgaben für Vorhaben finanziert werden, die eine Gesamtheit nicht zu trennender Arbeiten, Tätigkeiten oder Dienstleistungen mit einer genauen wirtschaftlichen oder technischen Funktion und klar ausgewiesenen Zielen bilden und deren Gesamtkosten bei Umweltprojekten mehr als 25 Mio. € und in anderen Bereichen mehr als 50 Mio. € betragen. Derartige Vorhaben werden gemäß Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 als Großprojekte bezeichnet. Im Rahmen des Operationellen Programms werden keine Großprojekte umgesetzt.

6 Inanspruchnahme der technischen Hilfe

Maßnahmen der Technischen Hilfe verfolgen das Ziel, eine effiziente und angemessene Umsetzung der Programmplanung sicherzustellen. Sie umfassen dabei die Vorbereitung, Verwaltung, Begleitung, Bewertung, Information und Kontrolle des OP zusammen mit Maßnahmen zum Ausbau der Verwaltungskapazitäten. Neben der Bereitstellung personeller Ressourcen beziehen sich die Maßnahmen der Technischen Hilfe auch auf materielle Ressourcen sowie auf die Beteiligung externer Sachverständiger.

Im Rahmen der Technischen Hilfe wurden 2007 insgesamt 2 Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt 7.600 €, davon 3.800 € an EFRE-Mitteln bewilligt. Dies entspricht rund 0,08% der insgesamt für Maßnahmen der Technischen Hilfe zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel. 2007 erfolgten keine Auszahlungen. Die Mittel wurden dabei zu 100% für Informations- und Kommunikationsmaßnahmen (Code 86 der Dimension 1 nach Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006) eingesetzt.

7 Information und Öffentlichkeitsarbeit

Gemäß Artikel 2 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 erstellt die Verwaltungsbehörde für das in ihre Zuständigkeit fallende OP, das aus dem EFRE kofinanziert wird, einen Kommunikationsplan, der den Rahmen für die Informations- und Publicitätsmaßnahmen des OP setzt. Der Entwurf des Kommunikationsplans wurde am 06.03.2008 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Durchführungsberichts befand sich der Kommunikationsplan noch in Abstimmung mit der Europäischen Kommission.

Nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 enthalten die jährlichen Durchführungsberichte und der abschließende Durchführungsbericht

- Beispiele von Informations- und Publicitätsmaßnahmen für das Operationelle Programm, die im Zuge der Durchführung des Kommunikationsplans getroffen wurden;
- die Vorkehrungen für die Informations- und Publicitätsmaßnahmen nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d, gegebenenfalls einschließlich der elektronischen Adresse, unter der solche Daten zu finden sind;
- den Inhalt etwaiger wichtiger Änderungen des Kommunikationsplans;
- eine Beurteilung der Informations- und Publicitätsmaßnahmen im Hinblick auf Sichtbarkeit, Bekanntheitsgrad des Operationellen Programms und die Rolle der Gemeinschaft.

Beispiele von Informations- und Publizitätsmaßnahmen für das Operationelle Programm

2007 wurden folgende Informations- und Publizitätsmaßnahmen zur Umsetzung des Kommunikationsplans für das Operationelle Programm durchgeführt:

1. Auf- bzw. Ausbau des programmspezifischen Internetauftritts

Maßnahme: Internetplattform www.rwb-efre.baden-wuerttemberg.de
Zielgruppe: (potenziell) Begünstigte, interessierte Öffentlichkeit, Multiplikatoren
Zeitraum: 2007

Die Ende 2006 im Rahmen der u.g. Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf des Umweltberichts eingerichtete Homepage www.rwb-efre.baden-wuerttemberg.de wurde 2007 weiter ausgebaut.

2. Informationsaktion zur Einführung des Operationellen Programms

Maßnahme: Auftaktveranstaltung RWB EFRE
Zielgruppe: Interessierte Öffentlichkeit, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner
Zeitraum: 28.11.2007

Unter dem Titel „Innovation - Wachstum - Nachhaltigkeit“ fand am 28.11.2007 in Donaueschingen mit rund 160 Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft die Auftaktveranstaltung zur Einführung des Operationellen Programms statt. Berichte dazu erschienen im SWR-Fernsehen und in mehreren regionalen und überregionalen Tageszeitungen.

3. Zielgruppenspezifische Informationsveranstaltungen

Maßnahme: Information und Konsultation der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner sowie der Öffentlichkeit zum Entwurf des Umweltberichts
Zielgruppe: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner, interessierte Öffentlichkeit
Zeitraum: Mitte Dezember 2006 bis Mitte Januar 2007

Zum Entwurf des Umweltberichts (Strategische Umweltprüfung) in Verbindung mit dem Entwurf des Operationellen Programms wurde von Mitte Dezember 2006 bis Mitte Januar 2007 von der Verwaltungsbehörde eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt, bei der auch die Verwaltungen der angrenzenden Staaten Frankreich und Schweiz mit einbezogen wurden. Über die Öffentlichkeitsbeteiligung wurde in der landespolitischen Wochenzeitung „BW-Woche - Staatsanzeiger für Baden-Württemberg“ informiert. Die Ergebnisse sind in Kapitel 3.7 (Berücksichtigung der Ergebnisse der SUP) des OP zusammengefasst.

Maßnahme: Begleitausschusssitzung Ziel 2
Zielgruppe: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner
Zeitraum: 16.07.2007

In der Begleitausschusssitzung der Ziel-2-Förderung 2000-2006 am 16.07.2007 wurden die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner über den aktuellen Sachstand der Programmplanung sowie die Berücksichtigung der im Zuge der o.g. Konsultationen eingegangenen Stellungnahmen informiert.

Maßnahme: Informationsveranstaltungen zu Förderrichtlinien und Programmen im Rahmen des OP

Zielgruppe: Multiplikatoren

Zeitraum: 2007

Im Bereich des Umweltministeriums wurde im Rahmen von 3 Informationsveranstaltungen (Sommer Spezial“ des GIH e.V. / Banking meets New Energy“ - Kreditinstitute und Neue Energien im Dialog / 1. Landesforum Gesamtenergieeffizienz im Gebäudebestand) mit insgesamt rund 230 Teilnehmern von der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH (KEA) neben anderen Themen auch die EFRE-Richtlinie „Heizen und Wärmenetze mit regenerativen Energien“ vorgestellt.

Im Bereich des Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum wurde auf zwei Informationsveranstaltungen mit rund 450 Teilnehmern über die Richtliniennovellierung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum, insbesondere auch in Bezug auf die RWB-EFRE-Förderung, informiert.

Im Bereich des Wirtschaftsministeriums wurden die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen am 29.06.2007 in der Sitzung ihres EU-Arbeitskreises, in dem sie sich über aktuelle Entwicklungen und Erfahrungen in EU-Programmen mit dem Wirtschaftsministerium und dem Europabeauftragten des Wirtschaftsministers austauschen, über die Möglichkeiten und den aktuellen Planungsstand zur Umsetzung von EFRE in Baden-Württemberg informiert. Daneben wurde 2007 der „Cluster-Dialog Baden-Württemberg“ eingeleitet. Unter Leitung des WM werden regelmäßig Gesprächsrunden zum Erfahrungsaustausch (z.B. zu Clustermanagement) mit landesweit tätigen Netzwerk- und Clusterorganisationen sowie den Kammern, den Wirtschaftsfördereinrichtungen auf regionaler Ebene und unterstützenden Organisationen (z.B. Baden-Württemberg International, Steinbeis-Europazentrum u.a.) durchgeführt. Die Ergebnisse der Gespräche tragen insbesondere zur Umsetzung des Maßnahmenbereich 1-1 „Netzwerke und Cluster“ bei.

4. Fachspezifische Seminare und Workshops

Maßnahme: ELR-Referentenbesprechungen

Zielgruppe: für das Programm zuständige Behörden und Stellen

Zeitraum: 2007

2007 wurden die für das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum zuständigen Behörden und Stellen im Rahmen von drei Besprechungen über die RWB-EFRE-Förderung informiert und fachspezifische Themenstellungen zur Förderung erörtert.

5. Berichterstattung in überregionalen, regionalen und lokalen Medien

Maßnahme: Pressemitteilungen und Pressekonferenzen

Zielgruppe: breite Öffentlichkeit

Zeitraum: 2007

2007 wurden von der Verwaltungsbehörde zwei Pressekonferenzen zur Genehmigung des Operationellen Programms sowie zur o.g. Informationsaktion zur Einleitung des Operationellen Programms durchgeführt und jeweils eine Pressemitteilungen herausgegeben. Die Pressemitteilungen können unter www.rwb-efre.baden-wuerttemberg.de heruntergeladen werden.

Im Bereich des Wirtschaftsministeriums wurde eine Pressemitteilung zur Förderung von Demonstrationsvorhaben der rationellen Energieverwendung und der Nutzung erneuerbarer Energieträger mit EFRE-Mitteln herausgegeben.

6. Unterrichtung der Begünstigten durch Antragsunterlagen und Zuwendungsbescheide

Maßnahme: Unterrichtung der Begünstigten

Zielgruppe: Begünstigte

Zeitraum: 2007

Alle Begünstigte von Vorhaben, die 2007 für eine EFRE-Förderung in Frage kamen, wurden über die Antragsunterlagen bzw. über die Zuwendungsbescheide über die RWB-EFRE-Förderung unterrichtet.

7. Unterrichtung potenzieller Begünstigter durch Informationsschreiben

Maßnahme: Unterrichtung potenzieller Begünstigter durch Informationsschreiben

Zielgruppe: potenziell Begünstigte

Zeitraum: 2007

Im Bereich des Wirtschaftsministeriums wurden alle größeren Städte Baden-Württembergs durch ein Informationsschreiben über die EFRE-Förderung im Rahmen der „Demonstrationsvorhaben der rationellen Energieverwendung und der Nutzung erneuerbarer Energien“ informiert.

8. Veröffentlichung des Verzeichnis der Begünstigten

Maßnahme: Veröffentlichung des Verzeichnis der Begünstigten

Zielgruppe: breite Öffentlichkeit

Zeitraum: 2007

Das aktuelle Verzeichnis der Begünstigten für 2007 kann unter www.rwb-efre.baden-wuerttemberg.de eingesehen und heruntergeladen werden.

Vorkehrungen für die Informations- und Publizitätsmaßnahmen nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d (Verzeichnis der Begünstigten)

Die Begünstigten der 2007 bewilligten Vorhaben wurden über die Veröffentlichung ihrer Daten im Verzeichnis der Begünstigten informiert. Das aktuelle Verzeichnis der Begünstigten für 2007 kann unter www.rwb-efre.baden-wuerttemberg.de eingesehen und heruntergeladen werden.

Inhalt etwaiger wichtiger Änderungen des Kommunikationsplans

Der Entwurf des Kommunikationsplans wurde am 06.03.2008 bei der Europäischen Kommission eingereicht. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Durchführungsberichts befand sich der Kommunikationsplan noch in Abstimmung mit der Europäischen Kommission.

Beurteilung der Informations- und Publizitätsmaßnahmen im Hinblick auf Sichtbarkeit, Bekanntheitsgrad des Operationellen Programms und die Rolle der Gemeinschaft.

Nachfolgend werden die auf Basis des für das Operationelle Programm eingerichteten Begleitsystems (s. Kapitel 6.2.3 des OP) ermittelten Fortschritte für das Jahr 2007 auf Ebene des Kommunikationsplans dargestellt:

Tabelle 22: Indikatoren im Rahmen des Kommunikationsplans

Output-Indikatoren	
Zahl und Druckauflage bzw. Downloads von Publikationen (Broschüren etc.)	0 *
Zahl der Begünstigten	30
Zahl der ausgegebenen Poster	0
Zahl von Hinweisschildern bzw. permanenten Erläuterungstafeln	0
Zahl von Informationsveranstaltungen	8
Zahl von Pressemitteilungen	2

Ergebnis-Indikatoren	
Zahl der Besucher der programmspezifischen Website und ggf. anderer programmbezogener Websites	5.000 **
Teilnehmer an Informationsveranstaltungen	870
Zahl von Medienberichten auf Grundlage bereitgestellter Pressemitteilungen bzw. Presseeinladungen	7

* für 2007 konnten die Downloads statistisch noch nicht erfasst werden

** Schätzung auf Basis der registrierten Visits für 2008

Vor dem Hintergrund der späten Programmgenehmigung können die durchgeführten Informations- und Publizitätsmaßnahmen insgesamt als erfolgreich hinsichtlich der Sichtbarkeit, des Bekanntheitsgrads des OP und der Rolle der Gemeinschaft betrachtet werden. Insbesondere der bereits Ende 2006 im Zuge der Konsultationen der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner eingerichtete Internetauftritt www.rwb-efre.baden-wuerttemberg.de trug mit geschätzten 400 monatlichen Besuchen (Visits) (2008 bislang ca. 850 pro Monat) maßgeblich zur Sichtbarkeit und Bekanntheit des OP sowie der Darstellung der Rolle der Gemeinschaft bei.

Über die durchgeführten Informationsveranstaltungen zu Förderrichtlinien und Programmen konnten rund 870 Multiplikatoren über das OP, seine Fördermöglichkeiten und den Beitrag der EU informiert werden, was erwartungsgemäß zu einer regen Nutzung der Richtlinien und Programme in 2008 beitragen wird.

8 Sonstige Informationen zur Durchführung des Operationellen Programms

8.1 Experimentierung

Nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission sollen im Rahmen der Operationellen Programme auch Experimente - also Maßnahmen, die als riskant eingeschätzt werden und die erst erprobt werden müssen, bevor sie allgemein eingesetzt werden können - gefördert werden. Das OP trägt dieser Empfehlung Rechnung, indem über die im Rahmen des OP zum Einsatz kommenden Landesförderrichtlinien und -programme teilweise gesonderte Ausschreibungen oder Wettbewerbe, die auch Raum für Experimentierung lassen, vorgesehen sind. Dies gilt vor allem für die in Schwerpunkt 1 vorgesehenen Forschungsprogramme und Clusterwettbewerbe sowie für die in Schwerpunkt 2 vorgesehene Förderung zur innovativen Kommunalentwicklung (EU-Leuchtturmprojekte).

2007 wurden keine speziell auf die RWB-EFRE-Förderung ausgerichteten Ausschreibungen vorgenommen bzw. Wettbewerbe initiiert. Für 2008 sind Ausschreibungen bzw. Wettbewerbe im Rahmen der Schwerpunkte 1 und 2 vorgesehen.

8.2 Bundesländerübergreifende Zusammenarbeit

Im Rahmen des OP können auch Kooperationsprojekte mit Partnern aus benachbarten Bundesländern gefördert werden, die sich auf gemeinsame Wirtschaftsräume beziehen. Bei solchen gemeinsamen Projekten (z.B. in der Metropolregion Rhein-Neckar oder in touristischen Destinationen) werden sich die beteiligten Bundesländer in jedem Einzelfall über die Förderung verständigen. Sofern die Fördervoraussetzungen nach den Operationellen Programmen der beteiligten Bundesländer erfüllt sind, kann eine anteilige Förderung erfolgen.

2007 wurden keine Vorhaben der bundesländerübergreifenden Zusammenarbeit gemäß Kapitel 4.7 des Operationellen Programms vorbereitet bzw. initiiert.

Im Juni 2008 wird eine Informationsveranstaltung zu den Fördermöglichkeiten aus den RWB-EFRE-Programmen der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz in der Region Rhein-Neckar stattfinden, auf der über die Möglichkeiten einer bundesländerübergreifenden Zusammenarbeit informiert und diskutiert wird.

Am 28.11.2007 fand im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) der Workshop „Synergien zwischen Forschungsrahmen, Strukturfonds und CIP - Nationale Perspektiven“ statt, an dem ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst teilnahm. Im Rahmen des Workshop wurde angeregt, Arbeitstreffen zur Nutzung von Synergien zwischen den Operationellen Programmen auf Länderebene zu organisieren. Diese Arbeitstreffen könnten ggf. dazu beitragen, zukünftig bundesländerübergreifende Vorhaben leichter zu realisieren.

8.3 Interregionale Zusammenarbeit

Im Rahmen des OP können auch Vorhaben der interregionalen Zusammenarbeit nach Artikel 37 Absatz 6 b) der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 unterstützt werden. Denkbar sind z.B. gemeinsame Projekte im Rahmen der Partnerschaft „Vier Motoren für Europa“ der Regionen Baden-Württemberg, Rhône-Alpes, Lombardei und Katalonien. Bei solchen gemeinsamen Projekten werden sich die beteiligten Regionen in jedem Einzelfall über die Förderung verständigen. Sofern die Fördervoraussetzungen nach den OP der beteiligten Regionen erfüllt sind, kann eine anteilige Förderung erfolgen.

Da die interregionale Zusammenarbeit auch über das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ unterstützt werden kann, ist bei jedem Projekt im Rahmen der interregionalen Zusammenarbeit gemäß Artikel 54 Nr. 3 b) der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 sicherzustellen, dass es entweder aus dem einen oder aus dem anderen Programm kofinanziert wird.

2007 wurden keine Vorhaben der interregionalen Zusammenarbeit gemäß Kapitel 4.8 des Operationellen Programms vorbereitet bzw. initiiert.

8.4 Regionen für den wirtschaftlichen Wandel

Mit der Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ zielt die Europäische Kommission darauf ab, die besten Methoden zur wirtschaftlichen Modernisierung zu ermitteln und diese an alle Regionen weiter zu geben, um ihnen bei der Ankurbelung ihres Wachstums zu helfen und das wirtschaftliche Gefälle abzubauen. Den Rahmen der Initiative bildet das Ziel der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 und darauf basierend die Operationellen Programme „The Interregional Cooperation Programme“ INTERREG IVC und "The urban development network programme"URBACTII.

Zur Vorbereitung der Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ des INTERREG IVC-Programms wurde im Jahr 2007 mit dem INTERREG IIIC - Projekt CLOE (Leadpartner aus Baden-Württemberg) der sogenannte Fast-Track-Probelauf durchgeführt.

Für 2008 ist ein Bericht über die Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ im Rahmen eines gesonderten Tagesordnungspunkts auf der zweiten Sitzung des Begleitausschusses für das OP im Juni 2008 geplant.

ANHANG:

Übersicht über die im Rahmen des Operationellen Programms verwendeten Bereiche des Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006

Dimension 1 - Prioritätsachse	01	FTE-Tätigkeiten in Forschungszentren
	02	FTE-Infrastrukturen und technologiespezifische Kompetenzzentren
	03	Technologietransfer und Verbesserung der Kooperationsnetze zwischen KMU sowie zwischen diesen und anderen Unternehmen und Hochschulen
	04	FTE-Förderung, insbesondere in KMU
	06	Unterstützung von KMU zur Förderung umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren
	07	Unternehmensinvestitionen mit direktem Bezug zu Forschung und Innovation
	09	Andere Maßnahmen zur Förderung von Forschung, Innovation und Unternehmergeist in KMU
	40	Erneuerbare Energien: Sonne
	41	Erneuerbare Energien: Biomasse
	42	Erneuerbare Energien: Wasserkraft, Erdwärme u. a.
	43	Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Energiemanagement
	46	Abwasserbehandlung (Abwässer)
	49	Anpassung an den Klimawandel und Milderung seiner Auswirkungen
	50	Sanierung von verschmutzten Industriegeländen und Flächen
	53	Risikoverhütung
	61	Integrierte Projekte zur Wiederbelebung städtischer und ländlicher Gebiete
	68	Unterstützung von Selbständigkeit und Unternehmensgründungen
85	Vorbereitung, Durchführung, Begleitung und Kontrolle	
86	Evaluierung und Studien, Information und Kommunikation	
Dimension 2 - Finanzierungsform	01	Nicht rückzahlbare Unterstützung
	02	Rückzahlbare Unterstützung (Darlehen, Zinsvergünstigung, Bürgschaft)
Dimension 3 - Art des Gebietes	01	Stadtgebiet
	05	Ländliche Gebiete (außer Berggebiet oder dünn und sehr dünn besiedelte Gebiete)
	10	Gebiet mit interregionaler Zusammenarbeit
	00	entfällt
Dimension 4 - Wirtschaftszweig	01	Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft
	02	Fischerei
	03	Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln
	04	Herstellung von Textilien und Bekleidung
	05	Fahrzeugbau
	06	Nicht spezifizierbares verarbeitendes Gewerbe
	07	Bergbau und gewinnung von Energieprodukten
	08	Energieversorgung
	09	Wasserentnahme, -aufbereitung und -verteilung
	10	Nachrichtenübermittlung
	11	Verkehr
	12	Bau
	13	Handel
	14	Beherbergungs- und Gaststättengewerbe
	15	Kreditinstitute und Versicherungen
	16	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen
	17	Öffentliche Verwaltung
	18	Erziehung und Unterricht
	19	Gesundheitswesen
	20	Sozialwesen
	21	Umweltrelevante Maßnahmen
	22	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
	00	Entfällt

Dimension 5 - Gebiet	NUTS 3 - Code	Landkreis
		DE111
	DE112	Böblingen
	DE113	Esslingen
	DE114	Göppingen
	DE115	Ludwigsburg
	DE116	Rems-Murr-Kreis
	DE117	Heilbronn, Stadtkreis
	DE118	Heilbronn, Landkreis
	DE119	Hohenlohekreis
	DE11A	Schwäbisch Hall
	DE11B	Main-Tauber-Kreis
	DE11C	Heidenheim
	DE11D	Ostalbkreis
	DE12	Karlsruhe
	DE121	Baden-Baden, Stadtkreis
	DE122	Karlsruhe, Stadtkreis
	DE123	Karlsruhe, Landkreis
	DE124	Rastatt
	DE125	Heidelberg, Stadtkreis
	DE126	Mannheim, Stadtkreis
	DE127	Neckar-Odenwald-Kreis
	DE128	Rhein-Neckar-Kreis
	DE129	Pforzheim, Stadtkreis
	DE12A	Calw
	DE12B	Enzkreis
	DE12C	Freudenstadt
	DE13	Freiburg
	DE131	Freiburg im Breisgau, Stadtkreis
	DE132	Breisgau-Hochschwarzwald
	DE133	Emmendingen
	DE134	Ortenaukreis
	DE135	Rottweil
	DE136	Schwarzwald-Baar-Kreis
	DE137	Tuttlingen
	DE138	Konstanz
	DE139	Lörrach
	DE13A	Waldshut
	DE14	Tübingen
	DE141	Reutlingen
	DE142	Tübingen, Landkreis
	DE143	Zollernalbkreis
	DE144	Ulm, Stadtkreis
	DE145	Alb-Donau-Kreis
	DE146	Biberach
	DE147	Bodenseekreis
	DE148	Ravensburg
	DE149	Sigmaringen